

SPARTAKIST

HERAUSGEGEBEN VON DER TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS



Nr. 44

JUNI 1982

DM 1,-

Der einzige Weg zum Frieden: Zerschlagt den antisowjetischen NATO-Kriegskurs durch proletarische Revolution!

Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Aufruf der internationalen Spartacist Tendenz

Ronald Reagan kommt nach Europa, um für den Antisowjetismus die Kriegstrommel zu rühren und seine NATO-Alliierten auf Linie zu bringen. Das Gerede vom „siegreichen“ Atomkrieg aus dem Mund des Chefs des US-Imperialismus hat Millionen von Europäern einen Schreck in die Knochen gejagt. Hunderttausende haben gegen die Aufstellung zusätzlicher Atomwaffen in Europa demonstriert. Aber größtenteils haben sich diese Demonstrationen gleichermaßen gegen sowjetische Atomwaffen gerichtet, ohne die Moskau und Leningrad schon längst in glühende Schutthaufen verwandelt worden wären.

Reagans Rundreise im Juni wird auf Massenproteste stoßen. Aber nur der siegreiche Kampf der Arbeiterklasse gegen den amerikanischen Imperialismus und gegen Amerikas imperialistische Rivalen kann diesem Planeten den Frieden bringen. Der Drang zum Krieg ist genauso fest im kapitalistischen System verwurzelt wie das Streben nach höheren Profiten. Die Irreführer der Arbeiterklasse, die „Europazifismus“ predigen und auf reformistische Unterwerfung unter mythische „nationale Interessen“ dringen, dienen nur ihrer eigenen herrschenden Klasse. Notwendig ist eine internationale Partei, deren Programm der Verteidigung bereits erkämpfter proletarischer Errungenschaften und des Kampfes für ihre Ausweitung der Weg ist, die Arbeiter aller Länder gegen den Imperialismus zu vereinigen.

Das kapitalistische Amerika ist der Feind Nummer eins der Arbeiter der ganzen Welt. Aber „Antiamerikanismus“ ist nicht gleich Antiimperialismus. Aus dem Munde von Sozialdemokraten und Stalinisten dient

die antiamerikanische Rhetorik nur als Amnestie der eigenen Bourgeoisie. Opposition zur Politik der USA in Zentralamerika verträgt sich voll und ganz mit der sozialdemokratischen Linie der „politischen Lösung“, um die salvadorensischen Massen um ihren Sieg zu betrügen und den Weg zu bereiten für ein weiteres Abschlachten durch die Militärs. Der „Antiamerikanismus“ soll die Komplizenschaft der Sozialpatrioten aller Schattierungen mit deutschen Waffen für die türkische Mörderjunta, französischem Neokolonialismus in Afrika oder der britischen Besetzung von Nordirland abdecken. Mit Liebknechts Worten: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land!“

**Nieder mit NATO und EG!
Nieder mit der Atlantischen Allianz
und der „Force de frappe“!**

Sowohl das Szenarium des Pentagon, Rußland in einem auf die nordeuropäische Ebene – hauptsächlich auf Deutschland – „beschränkten“ Atomkrieg zu besiegen, wie auch die Vorstellung der „Europazifisten“ von einem Krieg zwischen den „Supermächten“, der über ihre Köpfe hinweg ausschließlich mit Interkontinentalraketen geführt wird, sind absurd. Selbstverständlich hat dieses Gerede das deutsche Volk verängstigt. Dagegen glauben die Franzosen, seit de

Gaulle Frankreich aus dem militärischen Rahmen der NATO herauslöste, daß sie geschützt sein werden, wenn die Raketen zwischen der von den Amerikanern geführten Allianz und dem Warschauer Pakt hin und her fliegen. Aber es kann keine „atomwaffenfreie Zone“ geben. Der dritte Weltkrieg wird ein Holocaust werden, der sich zumindest auf die nördliche Hemisphäre erstreckt.

Die treibende Kraft zu einem dritten Weltkrieg ist der Antisowjetismus. Seit der Revolution der Bolschewiki 1917 ist es das vorherrschende Ziel des Imperialismus, diesen größten Sieg für die internationale Arbeiterklasse umzustößeln. Trotz der stalinistischen Degeneration der UdSSR gehören die sozialen Errungenschaften dieser Revolution und ihre internationalen Ausweitungen den Arbeitern der ganzen Welt. Diejenigen, die diese historischen Errungenschaften nicht verteidigen, werden nie die Siege der Zukunft führen!

Im Zweiten Weltkrieg starben 20 Millionen sowjetische Arbeiter und Bauern, um den Ansturm des deutschen Imperialismus zurückzuschlagen. Amerika ging daraus als führender imperialistischer Sieger hervor und war in der Lage, dem kriegszerstörten Europa seine Bedingungen aufzuerlegen. Der nachfolgende Währungsvertrag von Bretton Woods, der die Hegemonie des Dol-

lars absegnete, symbolisierte das sogenannte „American Century“. Amerikas unbestrittene Führungsrolle in der „freien Welt“ umfaßt die großangelegte Spaltung und Zerschlagung europäischer Gewerkschaften mit dem Ziel, den stalinistischen Einfluß zu zerstören. Diese von den USA inszenierte Kampagne wurde eifertig von den Sozialdemokraten durchgeführt, die sowohl die „demokratische“ Rhetorik zur Verfügung stellten als auch das CIA-Geld wuschen. Vereint kämpften Sozialdemokraten und CIA für „freie Gewerkschaften“ im sowjetischen Block, während sie Schläger und Gangster gegen die westeuropäischen Arbeiter ins Feld führten. Der gegenwärtige Kreuzzug für Solidarność, unter Ausschaltung der gleichen Rhetorik über die „gefangenen Nationen“, zum Teil sogar in der gleichen Besetzung (wie der berühmte Irving Brown der amerikanischen AFL-CIO), ist die folgerichtige Weiterführung dieser unheiligen Allianz zwischen imperialistischem Revanchismus und der Zweiten Internationale.

Aber der amerikanische Imperialismus befindet sich heute in einer ökonomisch enorm geschwächten Lage. Und die „europazifistische Bewegung“ wird nicht nur durch die Angst vor Reagan/Haigs Erstschlagsbesessenheit angefaßt, sondern ebenfalls vom wiedererstarkenden europäischen Nationalismus. Ehrgeizige sozialdemokratische Poli-

tiker wie Tony Benn und Erhard Eppler erkennen, daß die USA jetzt nur noch die quantitativ mächtigste unter rivalisierenden imperialistischen Kräften ist und glauben deshalb, die Zukunft ihrer eigenen kapitalistischen Staaten liegt in größerer Distanz zu den USA. Auch sie streben danach, Osteuropa für die kapitalistische Ausbeutung „zurück“zubekommen. Aber sie wissen, wie man sich zum Neutralismus bekennt. Besonders in Deutschland hat die „Friedens“bewegung das alte sozialdemokratische Programm für ein „wiedervereinigtes neutrales Deutschland“ wiederbelebt, ein kaum verhüllter Aufruf zur Restauration des Kapitalismus in Ostdeutschland.

Fortgesetzt auf Seite 2

Demonstriert mit der TLD am 10.6. in Bonn!

TREFFPUNKT: SCHLACHTHOF 12.30 UHR



Hauptfeind...

Fortsetzung von Seite 1

Sozialdemokraten wie Bann oder Willy Brandt würden es vorziehen, die deformierten Arbeiterstaaten in Osteuropa durch die Unterstützung innerer konterrevolutionärer Kräfte zu unterminieren, so wie sie sich in Polen durch Solidarność entwickelten. Die „Europäisierung Europas“ findet sowohl am Rhein als auch an der Weichsel statt, proklamierte Eppler im letzten Oktober, während Bann eine „Abrüstungs“kundgebung in London benutzte, um die Polen zur „Unabhängigkeit“ von Rußland anzuspornen.

Der Stalinismus ist überhaupt nicht in der Lage, der von den Imperialisten inszenierten Mobilisierung für Solidarność, der gelben Gewerkschaft für den CIA und die westlichen Banken, mit etwas anderem als Repression zu begegnen. Nach drei Jahrzehnten entsetzlicher wirtschaftlicher Stümperei (einschließlich der Verpfändung der Wirtschaft an die deutschen Banken, bürokratischer Ungleichheit und massiver Unterdrückung des politischen und kulturellen Lebens, hat der Stalinismus die polnischen Massen hin zu Wojtylas Vatikan, der Europäischen Gemeinschaft und der NATO getrieben. Trotzistische Propagandazellen müssen im historisch sozialistischen Proletariat geschaffen werden, um das gegenwärtige Schwärmen der polnischen Massen für den Imperialismus der „freien Welt“ zu bekämpfen und die tiefgehende und reiche marxistische Tradition – personifiziert durch Rosa Luxemburg – wiederherzustellen.

Verteidigt die Arbeiterstaaten durch proletarische politische Revolution!

Die Krise des polnischen Stalinismus illustriert wieder einmal, daß das stalinistische Schema vom „Sozialismus in einem Land“ die tödlichsten Feinde des Sozialismus nährt. Der pilsudkische Nationalismus, Antisemitismus und klerikale Rückständigkeit, gestärkt von der polnischen stalinistischen Partei, haben massiven Ausdruck in der anti-sozialistischen Solidarność gefunden, die damit drohte, das proletarische Eigentum zu zerschlagen und einen sich am Imperialismus anlehenden polnischen Staat an der Westgrenze der UdSSR zu errichten. Die Wiederschmiedung antiimperialistischer Solidarität zwischen den russischen und polnischen Arbeitern verlangt die proletarische politische Revolution, geführt von trotzkistischen Parteien, gegen die stalinistischen Usurpatoren in Moskau und Warschau.

Der Trotzkismus, das internationalistische Programm des authentischen Leninismus, steht den selbstmörderischen „Entspannungs“illusionen der stalinistischen Bürokraten diametral entgegen, deren konkurrierende nationalistische Programme im Buhlen um die zweifelhafte Gunst des Imperialismus die deformierten Arbeiterstaaten gegeneinander ausspielen. Es ist unsere trotzkistische Analyse des Stalinismus gewesen, die es der Spartacist-Tendenz ermöglichte, nach den Massakern in Indonesien 1965 die Entstehung einer Allianz zwischen den chinesischen Maoisten und dem US-Imperialismus vorherzusagen, eine Allianz, die ihren blutigen Test in Angola bestanden hat und am schlagendsten im China/Vietnam-Konflikt und der chinesisch-amerikanischen Unterstützung für das massenmörderische Pol-Pot-Regime bestätigt wurde. Unser Programm für die Zerstörung des Stalinismus durch das revolutionäre Proletariat schöpft seine Kraft aus unserer unnachgiebigen Verteidigung der deformierten Arbeiterstaaten

gegen den Imperialismus überall auf der Welt, von Zentralamerika, wo wir darauf bestehen, „Die Verteidigung von Kuba, UdSSR beginnt in El Salvador!“ bis Afghanistan, wo wir die Intervention der Roten Armee als Beginn zur Befreiung der afghanischen Massen, besonders der Frauen, aus vorfeudaler Versklavung und Rückständigkeit begrüßen.

Außerhalb der deformierten Arbeiterstaaten ist die nationalistische Perspektive der stalinistischen Parteien ebenfalls der Mobilisierung der Arbeitermassen gegen alle imperialistischen Staaten diametral entgegengesetzt. Das Wachstum „eurokommunistischer“ Strömungen setzte das Zeichen für eine weitere Sozialdemokratisierung der stalinistischen Massenparteien, in der Hoffnung auf eine Beteiligung an kapitalistischen „Volksfront“-Regierungen. Der amerikani-

ten. Nur in Frankreich gab es große Pro-Solidarność-Demonstrationen, die Faschisten und Sozialdemokraten als Reaktion auf die Niederschlagung des Putschversuchs von Solidarność durch die polnische Armee vereinten. Mittlerweile möchte Mitterrand bei einer „politischen Lösung“ à la Algerien in Zentralamerika den Vermittler spielen, um die Volksaufstände in kapitalistischen Grenzen zu halten. Berechnende kapitalistische Politiker wie Mitterrand befürchten, daß Reagans Unnachgiebigkeit gegenüber El Salvador das sandinistische Nicaragua unabänderlich auf den „kubanischen Weg“ treibt – das heißt die Zerstörung des Kapitalismus aus bloßer Selbstverteidigung. Es ist kein Zufall, daß sich der mexikanische Präsident der „Friedens“initiative Mitterrands angeschlossen hat. Lopez Portillo fürchtet die Ausweitung des revolutionären Kampfes auf die

bundenen Aufgaben, denen das europäische Proletariat gegenübersteht. Jeder Versuch, die Einheit und zentrale Bedeutung des deutschen Proletariats zu leugnen (z. B. die chauvinistische „Produziert französisch“-Kampagne der französischen Stalinisten), stellt einen Angriff auf die sozialistische Zukunft Europas dar. Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch sozialistische Revolution in Westeuropa und politische Revolution in Osteuropa!

Deutschland spielt eine führende Rolle für den Weg Europas – zum Sozialismus oder zur Barbarei. Die Europäische Gemeinschaft, die angeblich kapitalistische Wirtschaftskrisen verhindern soll, ist in Wirklichkeit ein Mechanismus zur Verallgemeinerung der Krisen. Für die deutsche Bourgeoisie stellt die EG einen Versuch dar, durch pan-europäische bürgerliche Abmachungen das zu schaffen, was der deutschen Bourgeoisie auf sich allein gestellt schon zweimal mißlang: die Einigung Europas unter deutscher Führung. Dieses Programm ist utopisch, und nicht nur aus dem Grund, den Willy Brandt als „ein tiefes Mißtrauen – in Ost und West – gegen jenes Deutschland, das zweimal in einer Jahrhunderthälfte Europa mit Krieg überzogen hat...“ bezeichnete. Imperialistische Konkurrenz zwischen rivalisierenden nationalen Bourgeoisien wohnt dem niedergehenden Kapitalismus inne. Nur die Proletarier aller Länder, die in den Worten von Karl Marx „kein Vaterland haben“, können eine gerechte und harmonische Arbeitsteilung schaffen, basierend auf der Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Die Alternativen sind entweder nukleare Barbarei oder die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands im Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa.

Für die Wiedergeburt der Vierten Internationale!

Am Vorabend des Zweiten Weltkrieges schrieb Leo Trotzki: „Die historische Krise der Menschheit reduziert sich auf die Krise der revolutionären Führung.“ Heute droht uns eine noch größere Katastrophe als dieser Krieg. Die internationale Sozialdemokratie, die seit langem schon in den direkten Dienst des Imperialismus innerhalb der Arbeiterbewegung eingetreten ist, gibt den Ton an sowohl für den Stalinismus als auch für die erbärmliche „extreme Linke“. Die Reformisten setzen alles darauf, Reagan von seinem Programm des nuklearen Erstschlags abzubringen durch die Unterstützung „aufgeklärter“ proimperialistischer Politiker, die meinen, sie könnten intelligentere, billigere und sicherere Wege finden als das nukleare „Cowboy und Indianer“-Spiel von Reagan/Haig, zum „Roll-back“ des Kommunismus in den deformierten Arbeiterstaaten und zur Niederhaltung der Massen der „Dritten Welt“. Aber es wird keine neue „vernünftige“ Führung für ein brutales, irrationales Gesellschaftssystem geben, das mit dem eigenen Todeskampf konfrontiert ist. Nur die erfolgreiche sozialistische Revolution, nicht zuletzt in den Vereinigten Staaten selbst, kann verhindern, daß der Imperialismus seine schreckliche Technologie des Todes entfesselt.

Im Hauptquartier des imperialistischen Kriegsfeldzuges, den Vereinigten Staaten, ruft die Spartacist-Tendenz auf: „Stürzt Reagan durch Arbeiteraktion!“ Reagans antisowjetische Kriegsmobilisierung erfordert

Fortgesetzt auf Seite 7

EL SALVADOR:
MILITARY VICTORY TO LEFTIST INSURGENTS
 Smash The American Imperialist's El Salvador Puppet Butcher Junta That Massacred 30,000 Peasants And Leftists!
MORE RUSSIAN-CUBAN MODERN ARMS FOR LEFTIST INSURGENTS!
DEFENCE OF CUBA-USSR BEGINS IN EL SALVADOR!
No: To Fake Elections!
 For Workers Revolution in Central America!
 Proletarian Revolution - Political Solution To El Salvador!
WORKERS IN AMERICA,
RISE AGAINST THE AMERICAN IMPERIALISTS BLOOD-BATHS IN EL SALVADOR!
 Forward For The Rebirth Of The Fourth International
SPARTACIST LEAGUE / LANKA
 FOR MARXIST LITERATURE:
WORKERS VANGUARD 33 CANAL ROW COLONBO 01

Proletarischer Internationalismus: Plakatkampagne der Spartacist League/Lanka, in Singhalesisch und Englisch, für den militärischen Sieg der linken Aufständischen in El Salvador

එල්සැල්වදෝරයේ
ව්‍යාධිකාරී කැරලිකරුවන්ට
සුද්ධමිත් ජයග්‍රහණය!
 • 30,000ක් පමණ මරා දැමූ ඇමරිකානු පුපුරුණු පාලකයන් විරුද්ධව එල්සැල්වදෝරයේ ඇති සමුදාය ජනතාව විසින් කැරලි
 • රුසියානු-කියුබානු නවීන යුද අවි විශාල ප්‍රමාණයක් ලබා දීමට ඉඩ ලබා දීමට
 • සිව්ලිංගික සහ රුසියානු ආරක්‍ෂාව එල්සැල්වදෝරයේ ආරක්‍ෂා කිරීමට
 • සමුදාය ජනතාව මැරුම්පත් ප්‍රතික්ෂේප කරමින්!
 • මිනිස් ජෛවමානව කම්කරු විප්ලවයේ හිමිකරුවන් වෙමු!
 • එල්සැල්වදෝරයේ ඇති විප්ලව කිසිදු පණ නොමැතිව පවතී!
 • සමුදාය ජනතාව විරුද්ධව ඇති සමුදාය ජනතාව විසින් කැරලි
 • කැරලිකරුවන් විරුද්ධව ඇති සමුදාය ජනතාව විසින් කැරලි
මිනිස් ජනතාව විසින් විප්ලවයක්!
මිනිස් ජනතාව විසින් විප්ලවයක්!

sche Imperialismus bekräftigte 1975 mit der Assistenz der europäischen Sozialdemokratie in Portugal seine Weigerung, Regierungskoalitionen mit moskauverbundenen Parteien zu tolerieren. Dies hat aber keinesfalls die Bemühungen der stalinistischen Verräter gedämpft, ihren Chauvinismus zu demonstrieren, um so ihre „Zuverlässigkeit“ als Koalitionspartner unter Beweis zu stellen, wie zum Beispiel die Unterstützung der französischen KP für die gegen Moskau gerichtete atomare „Force de frappe“ oder ihre ausländergefeindliche Kampagne 1981 mit der KP-Provokation in Vitry als Auftakt.

Nicht „Abrüstung“, sondern Klassenkampf!

Zwar ist Margaret Thatcher eine rabiate Kalte Kriegerin reaganscher Schule, aber das Britannien, das sie regiert, ist nun eine dritt-rangige Macht. Seine einst mächtige Flotte rackert sich ab, Argentinien daran zu hindern, die 650 000 Schafe und drei Millionen Pinguine der Falklands/Malwinen zu behalten. Der Niedergang Amerikas als „Weltpolizist“ wird treffend durch Reagans Unfähigkeit illustriert, zwei seiner wichtigen Verbündeten zu zwingen, ihre Differenzen im Interesse globaler antisowjetischer Einheit beiseite zu legen. Die argentinische Diktatur unternahm das Abenteuer als Ablenkung von der Unruhe im eigenen Land, wo das Regime nur wenige Wochen zuvor durch massive militante Streiks erschüttert worden war. Auch Britannien konnte nicht widerstehen, diese Herausforderung seines imperialen Prestiges anzunehmen. Jene Pazifisten und Sozialdemokraten, die wie Tony Bann Einspruch erheben, erweisen sich als weitsichtigerer Hüter bürgerlicher britischer Interessen, denn die britische Arbeiterklasse dürfte gewiß nichts einzuwenden haben, wenn die imperialistischen Schlächter von Nordirland zusammen mit Argentinien die einzige reale Form von „Abrüstung“ im Kapitalismus zu demonstrieren belibien, nämlich die gegenseitige Zerstörung ihrer Flotten. Jetzt ist Mitterrands „sozialistisches“ Frankreich als der Hauptpartner in Westeuropa für Reagans Kriegskurs hervorgetre-

mächtige mexikanische Arbeiterklasse und hofft, Mexikos eigene Einflußsphäre in Konkurrenz zu den USA ausweiten zu können.

Für eine „politische Lösung“ machen sich auch amerikanische kapitalistische Politstars stark, die die Niederlage eines weiteren militärischen Abenteuers, wie die in Vietnam, fürchten. Noch vor einem Jahrzehnt solidarisierten sich tausende radikaler Jugendlicher in ganz Westeuropa und Amerika mit der indochinesischen Revolution und mit Che Guevaras Parole für „zwei, drei, viele Vietnams!“. Aber jetzt tritt praktisch jede „linke“ Strömung als Verfechter neuer Volksfronten auf: von El Salvador, wo dem FDR-Führer Guillermo Ungo bereits das Blut der Massen an den Händen klebt, bis zu den Vereinigten Staaten, wo die Demokratische Partei der Schweinebucht-Invasion und der Vietnam-Eskalation eine „Anti-Reagan-Friedensbewegung“ führen soll.

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Westdeutschland, bis vor kurzem Washingtons loyalster NATO-Verbündeter, ist heute der entschiedenste Fürsprecher von Entspannungspolitik. Aber hinter dem „friedensliebenden“ Image der Ostpolitik von Brandt und Schmidt steckt der Appetit, das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges rückgängig zu machen und ein vereinigt kapitalistisches Deutschland als die dominierende europäische Macht wiederzuschaffen. Mit dem Anwachsen der polnischen Solidarność war die Hoffnung des deutschen Imperialismus auf die Restauration des Kapitalismus in Ostdeutschland greifbar nahe. Dieser Appetit wird durch die von der evangelischen Kirche ausgehende Agitation in Ostdeutschland weiter gefördert. Basierend auf der Forderung nach dem Abzug aller „fremden“ Truppen, würde sie den ostdeutschen deformierten Arbeiterstaat dem wiederaufstrebenden deutschen Imperialismus wehrlos ausliefern. Heute wie in den zwanziger Jahren ist Deutschland der Schlüssel für Europa. Die Teilung Deutschlands in zwei Staaten mit entgegengesetztem Klassencharakter symbolisiert die untrennbar miteinander ver-

Kontaktadressen

FRANKFURT:
 Postfach 16 747
 6000 Frankfurt/Main 1
 Tel.: 0611/72 70 54

HAMBURG:
 Postfach 11 22 31
 2000 Hamburg 11
 Tel.: 040/389 53 59

WESTBERLIN:
 Postfach 11 06 47
 1000 Berlin 11
 Tel.: 030/882 11 75

SPARTAKIST
 herausgegeben von der
TROTZKISTISCHEN LIGA DEUTSCHLANDS,
 Sektion der internationalen
Spartacist Tendenz
 CHEFREDAKTEUR: Frank Behr
 REDAKTION: Elke Gasper, Silvia Lenz, Christoph Steiner (herausgebender Redakteur), Fred Zierenberg
 PRODUKTION: Herbert Bäck
 VERTRIEB: Renate Müller
 PRESSERECHTLICH VERANTWORTLICH:
 Fred Zierenberg, 6000 Frankfurt/Main 1
 Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
 6000 Frankfurt/Main 1
 Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt in allen Punkten der Auffassung der Redaktion.
 Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb.
 ISSN 0173 - 7430

Wer hat Angst vor der deutschen Revolution?

Anti-Marxistische Gruppe



MG: die Ohne-Michels der deutschen Linken

„Hoffnungslosigkeit“ ist die „Kampfperspektive“ (Editorial der MSZ, 29. April) der Marxistischen Gruppe (MG). Also kein Grund zur Beunruhigung für Ronald Reagan, den Erstschlagfanatiker, der auf dem NATO-Gipfeltreffen seine eigenwilligen imperialistischen Alliierten auf einen aggressiven Kurs gegen die Sowjetunion einschwören will. Die MG ruft zu einer eigenen Demo am 10. Juni auf, weil sie meint, die von der „Friedens“bewegung initiierte sei nicht „kompromißlos“ anti-amerikanisch und bestätigt in ihrem Aufruf, daß auch sie auf den Zug der kleinbürgerlichen Hoffnung aufgesprungen ist, der auf den Gleisen des Nationalismus den Frieden bringen soll.

Die Arbeiterklasse hat Grund genug, Reagan, den Chef der imperialistischen Weltmacht Nummer eins, zu hassen, der nicht vor einem atomaren Holocaust zurückschreckt, um die Errungenschaften der Oktoberrevolution von 1917 zurückzurollen. Aber Anti-amerikanismus ist nicht gleich Anti-imperialismus. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! Nicht so für die unpassend benannte Marxistische Gruppe. Für sie ist der mächtige deutsche Imperialismus wohl der einundfünfzigste Staat der Vereinigten Staaten: „... die BRD als bester Satellit der USA...“ Warum nicht gleich „Marionettenregime“? Und ebenso wie die „nationalen Befreiungskämpfer“ von Eppler bis General a.D. Bastian setzt die MG auf einen unabhängigeren Kurs Westdeutschlands: „... gegen die deutsch-amerikanische „Freundschaft“ und „... die deutsch-amerikanische Kriegsallianz“. Fehlt nur noch der Vorwurf des Vaterlandsverrats an Helmut Schmidt, der den „Spielball der Supermächte“ auf einem silbernen Tablett dem US-Imperialismus serviert.

Auch in ihrem Antisowjetismus steht die MG ihren „linken“ und sozialdemokrati-

schen Kollegen in der „Friedens“bewegung in nichts nach. Für Revolutionäre bedeutet der Kampf gegen die drohende Kriegsgefahr: Verteidigung von DDR und Sowjetunion durch proletarische Weltrevolution! Der Sturz der Bourgeoisie in der Sowjetunion und den deformierten Arbeiterstaaten ist der Grund für die Kriegshetze der Imperialisten. Planwirtschaft, Außenhandelsmonopol und vergesellschaftetes Eigentum stellen trotz der stalinistischen bürokratischen Unterdrückung des Proletariats in diesen Ländern einen historischen Fortschritt für die Sache der internationalen Arbeiterklasse dar!

Die MG hat bei der Kalten-Kriegs-Offensive gegen die Arbeiterstaaten nur die Elle des aufrechten Kleinbürgers parat: „Man muß kein Liebhaber russischer Verhältnisse sein, um zwischen den souveränen Urhebern der Kriegs-Gefahr“ und den Adressaten der aktuellen Weltkriegsdrohung zu unterscheiden...“ Schließlich ist es ja nicht „fair-play“, wenn die USA „den einen neuen Stützpunkt (der Sowjetunion) mit siebzehn zusätzlichen“ beantworten (MSZ aktuell zu Afghanistan). Wenn die MG-Führung morgen aus irgend einem Grund der Meinung wäre, jetzt sei die „Supermacht“ Sowjetunion „aggressiv“ und verletze das Entspannungsprinzip des „Gleichgewichts der Kräfte“, müßte sie zu einer Demonstration gegen den „Imperialismus des Warschauer Pakts“ aufrufen.

Trotzkisten wissen, daß die Sowjetunion ohne atomare Bewaffnung schon längst Zielscheibe eines imperialistischen Angriffs geworden wäre. Unsere Kritik richtet sich gegen die Friedliche-Koexistenz-Politik der Kreml-Bürokraten, die durch Abrüstungsverhandlungen ihr Auskommen mit dem US-Imperialismus suchen und als Gegenleistung für SALT I heute die Mittelstreckenraketen serviert bekommen, die in wenigen Minuten Moskau und Leningrad in glühende Stein-

wüsten verwandeln können. Die politische Revolution des Proletariats muß diese Apologeten der reaktionär-utopischen Vorstellung vom „Sozialismus in einem Land“ hinwegfegen, die sich auf Kosten der internationalen Revolution an der Macht halten.

Solange es Imperialismus gibt, wird es Kriege geben. Das gehört zum ABC des Marxismus. Die MG, die in die Schule der Entspannungspolitik gegangen ist, betet den Unsinn der „Friedens“bewegung „Atomraketen sind Magneten“ nach – und fordert die Entwaffnung der Sowjetunion. In ihrem „Brief an Breschnjew“ (November 1981) fragt sie den „lieben Leonid“: „Mußt Du wirklich auf jede Form des Krieges, die der Westen erfindet, so reagieren, daß auch die Sowjetunion in der Lage ist, es dem Imperialismus wenigstens in dieser Hinsicht gleichzutun?“ Denn dadurch „macht Ihr euch... reif für das westliche Konzept des Totrüstens: freiwillige Kapitulation oder ein neuer ‚vaterländischer Krieg‘“. Die MG glaubt wohl, Hitlers Drang nach Osten hätte vor den Grenzen der Sowjetunion halt gemacht, wenn die Rote Armee sich in einen Pfadfinderverein verwandelt hätte.

Doch solche „Kleinigkeiten“ spielen in dem idealistischen Weltbild der MG keine Rolle. Offensichtlich meint sie, wenn man den Imperialismus ignoriert, wird der Impe-

Karl Kautsky und der MG existiert nicht. Der deutsche Imperialismus, zweitstärkste Macht der NATO, verfolgt zunehmend seinen eigenen Weg. Der unabhängiger Kurs spiegelt sich wider in der nationalistischen „Friedens“bewegung, die mit ihrem Ruf nach einem „demokratischen, vereinigten, neutralen Deutschland“ als *Speerspitze der Interessen der deutschen Bourgeoisie* dient. Diese setzt auf eine andere Taktik als Reagan, um das gemeinsame strategische Interesse aller Imperialisten durchzusetzen: die Rückeroberung der Arbeiterstaaten, um dem krisengeschüttelten kapitalistischen System neues Blut zuzuführen. Diese Taktik heißt ökonomische und politische Unterhöhnung der Arbeiterstaaten, vor allem mittels sozialdemokratischer Entspannungspolitik. Gleichzeitig wurde die Bundeswehr am massivsten unter der SPD/FDP-Koalition aufgerüstet.

Die SPD führt zur Zeit die Regierungsgeschäfte der deutschen Bourgeoisie. Eppler und Lafontaine – die Gallionsfiguren der „Friedens“bewegung – drücken die in Abstand von den USA gehenden Interessen eines Flügels der deutschen Kapitalisten aus. Sie sind nicht bloß ein „paar linke Konjunkturritter“ (Flugblatt der MG zum SPD-Parteitag). Mit der nationalistischen „Friedens“bewegung im Rücken wittern sie Konjunktur für den stets gehegten Traum der Sozial-



Den Status quo-Nationalisten ein Dorn im Auge: Trotzistische Perspektive für die revolutionäre Einheit des deutschen Proletariats

rialismus die „geringfügige“ Tatsache ignorieren, daß er seit 1917 auf einem Sechstel des Erdballs nicht mehr schalten und walten kann. Reagan ist da anderer Meinung. In El Salvador hat er seinen Kalten Krieg gegen die Sowjetunion in einen heißen Krieg verwandelt. Den Guerilleros, die gegen die vom US-Imperialismus ausgebildeten Todesschwadronen kämpfen, weiß die MG nur zu sagen, diese „Subsumtion unter den Ost-West-Gegensatz (heißt), daß der Konflikt endgültig entschieden ist“. „Den Leuten... bleibt so nur eine – in beiden Fällen ziemlich aussichtslose – Alternative: Die Flucht in die Nachbarländer oder der Eintritt in die Guerillagruppen...“ (MSZ, April/Mai 1981) Hoffnungslos, aussichtslos... das Vokabular eines abgehalfterten Linken, dem der Kampf für die Revolution zu einer Jugendsünde verkommen ist. (Und da die MG den US-Imperialismus für unbesiegbar hält und nicht sein kann, was nicht sein darf, erklärt sie zynischer Weise Vietnam zu einem „Sieg“ der USA!)

Kinder der Entspannungspolitik

Und auch auf westdeutschem Boden: Sprich bloß nicht von Revolution! Da geht es darum, „öffentlich Protest einzulegen“ gegen den „NATO-Imperialismus“ (MSZ, 29. April). Als ob das antisowjetische Militärbündnis der Atlantischen Allianz die Konkurrenz unter den nationalen Bourgeoisien aufhebt. Der „Superimperialismus“ eines

demokratie: die Wiedervereinigung Deutschlands, natürlich auf „demokratischer“, d. h. kapitalistischer Grundlage. Sachsen und Thüringen werden von der SPD immer noch als natürliche Wahlbezirke betrachtet und sie könnte sie dann endlich ihr eigen nennen.

Mit der von der evangelischen Kirche protegierten „Friedens“bewegung in der DDR hat die SPD einen zuverlässigen Koalitionspartner gefunden, um das „Modell Deutschland“ auch jenseits der Elbe zu verwirklichen. Der vom Pfaffen Eppelmann und von Havemann initiierte „Berliner Appell“, der in Anlehnung an den „Krefelder Appell“ NATO und Warschauer Pakt gleichsetzt und zum „Abzug aller fremden Truppen“ aufruft oder die Forderung „Schwerter zu Pflugscharen“ heißt Konterrevolution in der DDR: Kahlschlag der Sozialleistungen, Lohnraub und Arbeitslosigkeit, die die meisten ostdeutschen Arbeiter nicht kennen oder eine Erinnerung an das Vorkriegsdeutschland sind, würden auch in den Farben des „demokratischen Sozialismus“ bittere Wirklichkeit werden.

Für die Status-quo-„Marxisten“ des Herrn Fertil ist die DDR ein neuralgischer Punkt. Mit so zugespitzten Aussagen wie: „zwischen der ostdeutschen DDR und der westdeutschen BRD sind die Beziehungen sehr besonders“ und „Das nationale Interesse der sozialistischen DDR kommt den ‚Imperial-

Veranstaltungen der TLD

Stürzt Reagan durch Arbeiteraktion!

Redner: Ed Kartsen, schwarzer Gewerkschafter aus USA

Ed Kartsen, schwarzer Arbeiter, weiß, was der antisowjetische Kriegskurs von Ronald Reagan für die amerikanischen Arbeiter, besonders für die Schwarzen bedeutet. Er war Mitorganisator der von der Spartacist League/U.S. initiierten

Mobilisierung gegen die Nazis und den Ku Klux Klan in Detroit, an der mehrere Hundert Schwarze teilnahmen, und er wird über den exemplarischen Kampf von ihm und seinen Genossen in der Gewerkschaft berichten.

Frankfurt: 19.6.82 18.00 h
Haus Bornheim
Saalburgstr. 17, Clubraum 2
Tel: 0611/72 70 54

Westberlin: 16.6.82 19.00 h
Mehringhof, Gneisenaustr. 2
Aufgang 3, 1. Stock links
Tel: 030/882 11 75

Kontakt Hamburg: 040/389 53 59

Polen und Işçinin Sesi

Linksstalinisten am Scheideweg

In den drei Jahren seit seinem Bruch mit der offiziellen moskautreuen Führung unter I. Bilen hat sich der „leninistische Flügel“ der Türkischen Kommunistischen Partei (TKP) in immer stärkerem Maße, wenn auch ungleichmäßig, nach links bewegt. Die TKP-Leninisten, die um die Zeitung *Işçinin Sesi* (Arbeiterstimme) gruppiert sind, haben mit beachtlichem Erfolg Unterstützung in der TKP und deren Peripherie sowie unter Exilanten und türkischen Arbeitern in Westeuropa gewonnen, und sie haben die politische Kontrolle über die *Union of Turkish Progressives* (Union fortschrittlicher Türken) in Britannien, die die englischsprachige Zeitschrift *Turkey Today* herausgibt. Ebenso haben sie Einfluß auf eine Gruppierung in und im Umkreis der britischen Kommunistischen Partei, die sich um den *Leninist* konzentriert.

Durch die zutiefst kapitulantenhafte Nachtrabpolitik der TKP gegenüber der bürgerlichen Republikanischen Volkspartei Bülent Ecevit wurde die Işçinin Sesi-Gruppe in die Opposition getrieben und erhielt daraufhin von den Kremelführern, die die Politik des „opportunistischen Flügels“ der TKP teilen, einen Fußtritt. Seitdem war sie gezwungen, ihre kritische Haltung zu vertiefen und zu verallgemeinern, nicht nur gegenüber der gegenwärtigen sowjetischen Führung, sondern auch in bezug auf die geschichtliche Entwicklung der stalinistischen „kommunistischen Weltbewegung“. Beschleunigt wurde dieser Prozeß durch den wiedererstarkenden Kalten Krieg und den imperialistischen Kriegskurs gegen die Sowjetunion.

Die Schwierigkeiten und Widersprüche von Işçinin Sesi sind am schärfsten über die polnischen Ereignisse zutage getreten, die direkt die trotzkistische Analyse der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten des Sowjetblocks und das trotzkistische Programm der proletarischen politischen Revolution zum Sturz der Bürokratie – basierend auf der Verteidigung der kollektivierten Eigentumsformen – aufwerfen. Ihre Kritik des bürokratischen Charakters der polnischen (und der sowjetischen) Gesellschaft geht durchaus recht weit; doch ihre bisherige Weigerung, diese Bürokratie als eine Kaste zu erkennen, die die Macht im eigenen Interesse ausübt, verleitet sie dazu, eine konfuse und utopische Reformperspektive zu verfolgen, wodurch sie gleichzeitig vor den neo-kautskyanischen (und implizit konterrevolutionären) Rufen nach einer „klassenlosen“ Demokratie, wie sie von den Eurokommunisten und dergleichen vorgebracht werden, theoretisch waffenlos dasteht.

Ebenso klammert sie sich weiterhin an eine Perspektive zur Reform der „kommunistischen Weltbewegung“ durch „ideologischen Kampf“, sieht die feigsten Opportunisten als ihre ideologischen Verbündeten gegen den Revisionismus und widersetzt sich einer Untersuchung der nichtrevolutionären Voraussetzungen, auf die sich ihr Programm und ihre Strategie nach wie vor stützen. Heute sind die TKP-Leninisten in etwa so weit gegangen, wie ihr gegenwärtiger methodischer Rahmen dies zuläßt. Nur durch einen vollständigen Bruch mit ihrem stalinistischen Erbe und die Gewinnung von Klarheit über den Trotzkismus können die Anhänger von Işçinin Sesi ihren erklärten Wunsch, revolutionäre proletarisch-internationalistische Leninisten zu sein, aufrecht erhalten.

Ein Programm für Polen

Die gewaltige Streikwelle, aus der Solidarność hervorging, verkörperte die Reaktion

der Arbeiter auf Jahre bürokratischer Mißwirtschaft, Privilegien und Mißstände. Die polnischen Arbeiter standen vor einer historischen Alternative: angesichts des in dramatischer Weise zutage getretenen Bankrotts der stalinistischen Herrschaft entweder den Weg zur blutigen Konterrevolution im Bunde mit dem Imperialismus oder den Weg zur proletarischen politischen Revolution für die Sowjetdemokratie zu gehen. Aufgrund des klerikal-nationalistischen Einflusses in Solidarność und der Entstehung einer Massenorganisation der Privatbauernschaft, der Landsolidarność, wuchs die konterrevolutionäre Bedrohung. Zur gleichen Zeit hatte ein Prozeß der politischen Differenzierung begonnen, eine Situation, in der eine wahrhaft leninistisch-trotzkistische Opposition sich hätte herauskristallisiert und schnell



Walesas und Papst Wojtylas Programm für die polnischen Frauen: „Kinder, Küche, Kirche“

wachsen können. Daher wäre es bis zur Jahresmitte 1981 die Pflicht jedes wirklichen proletarischen Internationalisten gewesen, gegen jegliche russische Militärintervention zu protestieren, zur gleichen Zeit aber nachdrücklich zu warnen, daß jede Form gewaltsamen Widerstands gegen eine solche Intervention weit schlimmer gewesen wäre, da sie die Lage ganz einfach auf Jahre hinaus vergiftet hätte.

Aber auf dem ersten nationalen Kongreß im September trieben entscheidende Elemente von Solidarność ein Programm der offenen Konterrevolution voran. Während wir ausführten, daß es nicht unsere Aufgabe ist, den stalinistischen Bürokraten Tips zu geben, wie sie mit einer konterrevolutionären Situation fertig werden, für die sie schließlich die Verantwortung trugen, sagten wir: „Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!“ und wir fügten hinzu: „Falls die Kremel-Stalinisten in ihrer zwangsläufig brutalen, stumpfsinnigen Weise militärisch intervenieren, um sie zu stoppen, werden wir das unterstützen.“ Tatsächlich war es die polnische Armee, die im letztmöglichen Moment das Kriegsrecht verhängte und den konterrevolutionären Drang der Solidarność zur Macht zum Stillstand brachte.

Das Kriegsrecht hat die Krise der polnischen Gesellschaft nicht beendet, und nun existiert eine Situation, die geradezu nach der Schaffung einer proletarischen und internationalistischen Avantgarde schreit, um die arbeitenden polnischen Massen aus diesem Morast herauszuführen. Von Anfang an stellen wir ein Programm auf, auf dessen Grundlage eine solche Avantgarde aufgebaut werden muß: Für Gewerkschaften, die von bürokratischer Kontrolle unabhängig sind und die

sich auf ein Programm zur Verteidigung des vergesellschafteten Eigentums stellen! Für die strikte Trennung von Kirche und Staat – Kampf der klerikal-nationalistischen Reaktion! Treibt die Kollektivierung der Landwirtschaft voran! Für Arbeiterkontrolle über Produktion, Preise, Verteilung und den Außenhandel! Für proletarische politische Revolution gegen die stalinistische Bürokratie – Für eine Regierung auf der Grundlage demokratisch gewählter Arbeiterräte (Sowjets)! Brecht den ökonomischen Würgegriff der Imperialisten – Annulliert die Schulden! Vorwärts zur internationalen sozialistischen Wirtschaftsplanung! Für militärische Verteidigung der UdSSR gegen den Imperialismus! Für die revolutionäre Einheit der polnischen und der sowjetischen Arbeiterklasse! Für eine polnische trotzkistische Partei, Sektion

einer wiedergeborenen Vierten Internationale!

Widersprüche und Verwirrung

In ihrer Analyse der polnischen Ereignisse nennt Işçinin Sesi eine Anzahl wichtiger und korrekter Punkte. Bezeichnenderweise trägt die Haupterklärung von R. Yürükoğlu (*Işçinin Sesi*, 21. Dezember 1981, nachgedruckt als Beilage zu *Turkey Today*) den Titel „Die Konterrevolution in Polen muß zerschlagen werden“. Auch an anderen Stellen wird die Erklärung Lesern der Publikationen der internationalen Spartacist Tendenz bekannt vorkommen („600 000 sowjetische Soldaten sind für die Befreiung Polens gefallen“). Sie sagt aus, daß die „Hauptverantwortung“ für die Krise bei der PVAP liegen muß, brandmarkt die „veralteten, versteinerten bürokratischen Strukturen, die Korruption, die Rechtsverstöße und Ungerechtigkeiten“ und verurteilt die Führung, die ihrem „Volk mit den Russen droht! Das ist der reinste Nationalismus.“ Die Mitgliedschaft von Solidarność ist „eine verwirte und von jahrelangen Ungerechtigkeiten aufgebrauchte Masse“, während die Landsolidarność „fanatisch-katholisch, extrem reaktionär, ein Feind des Sozialismus“ sowie „eine wirklich gefährliche Kraft“ ist. Und sie gelangt zu folgendem Schluß: „Die ‚Solidarität-Gewerkschaft... ist heute keine Gewerkschaft mehr. Sie ist eine antikommunistische Bewegung, die an die Macht zu gelangen versucht.“

Aber bei der Suche nach einer Lösung der polnischen Krise, ausgehend von der Perspektive der Reform des stalinistischen Regimes, wird Işçinin Sesi wirt und widersprüchlich. Dieselben Ereignisse, die „eine antikommunistische Bewegung, die an die

Macht zu gelangen versucht“, hervorgebracht haben, werden gleichfalls beschrieben als „eine neue, saubere Basisbewegung“. Da ihr Jaruzelskis Coup nicht behagt, empfiehlt Işçinin Sesi „Massenkampf“:

„Wir wollten nicht die Panzer rollen sehen. Der Partei standen noch andere Möglichkeiten zur Verfügung. Hätte sie sie doch genutzt, hätte sie die loyalen kommunistischen Kader aufgerufen und den Klassenkampf ausgefochten, wenn es sich schon um einen Klassenkampf handelt.“

Işçinin Sesis Aufruf an die polnischen Stalinisten, eine revolutionäre Mobilisierung in Gang zu setzen, ist im Kontext des heutigen Polens ganz besonders absurd. Das ist nicht mehr 1956, als die Massen wegen ihrer Illusionen in Gomulkas Reformstalinismus in solchem Ausmaß für diesen mobilisiert werden konnten, daß Chruschtschow sich davon abbringen ließ, mit sowjetischen Truppen zu intervenieren, um Gomulka abzusetzen. Bis 1980 hatte die polnische Arbeiterklasse zahllose Eingeständnisse von Fehlern, Versprechen auf Reform und „sozialistischer Erneuerung“ gehört. Die PVAP war in breiten Schichten der Arbeiterklasse aufs äußerste diskreditiert. Abgesehen von der Frage, um welche Politik man denn laut Işçinin Sesi den „Klassenkampf“ hätte entfalten sollen, hatte die PVAP außer der Armee einfach keine anderen „Möglichkeiten zur Verfügung“. Işçinin Sesis Behauptung, daß die „offene Diskussion in der Partei zur Wirklichkeit geworden ist“, ist mehr Ausdruck der Lähmung der PVAP angesichts einer Bewegung, die auf Pilsudski und den Vatikan blickte, als ein Zeichen dafür, daß ein Anfang gemacht wurde, „daß so der Abgrund, der zwischen Parteiführung und -basis bestand, langsam überbrückt wurde“.

Işçinin Sesi charakterisiert die zentrale PVAP-Führung als „zentristisch“, was sie dem Umstand zuschreibt, daß „in der ganzen, weltweiten kommunistischen Bewegung gegenwärtig zentristische Strömungen vorherrschen“. Bei der Suche nach einer Alternative innerhalb der PVAP schaut Işçinin Sesi auf den „linken Parteiflügel...“, geführt von der Katowice-Gruppe“. Ohne Zweifel mögen gesunde Elemente, die durch den klerikalen Nationalismus sowie das Schwanken der zentralen PVAP-Führung abgestoßen wurden, von der Katowice-Gruppe angezogen worden sein, doch die maßgebenden Figuren, die dieser Gruppierung angehören, setzen sich aus jenen „harten“ Funktionären zusammen, die, ob nun mit oder ohne weiße Weste, am heftigsten gegen Zugeständnisse an die einfachen Mitglieder und die Basis auftraten, die am wildesten auf ein Zuschlagen setzten, die den Vertretern einer harten Linie im Kreml am nächsten standen und die an erster Stelle mit dem giftigen Nationalismus (und Antisemitismus) identifiziert wurden, auf den gewisse PVAP-Organen zurückgriffen.

Demokratie – für welche Klasse?

Işçinin Sesis Programm für Polen ist unklar. Es fordert: „Die Konterrevolution in Polen muß durch Massenkampf zerschlagen werden.“, es ruft nach einem „Gleichgewicht zwischen Produktion und Konsum“ und erklärt: „Nur eine Massendemokratie kann die Entfremdung zwischen Arbeiterklasse, Staat und Partei beseitigen.“ Aber wenn man bedenkt, daß heute jeder nach „Demokratie“ in Polen schreit, ist es von doppelter Wichtigkeit, die genaue Form und den Inhalt der Demokratie zu umreißen.

Die Bourgeoisie meint bürgerliche Demokratie und blutige kapitalistische Konterrevolution, wenn sie nach Demokratie für Polen kreischt. Das Gerede der KPdSU-Führer und anderer stalinistischer Bürokraten von der „Entwicklung sozialistischer Demokratie“ ist einfach die Fassade, hinter der sich ihre anhaltende Usurpation der politischen Macht verbrigt. Und hinter dem Gequassel der Eurokommunisten (und solcher Pseudo-Trotzkisten wie Ernest Mandel) über „sozialistische Demokratie“, eine moderne Version von Kautskys „reiner Demokratie“, steckt ihre Unterstützung des (bürgerlichen) „Pluralismus“, ihr Versprechen, daß man ihnen ohne weiteres Ministerposten und Sitze in den NATO-Räten anvertrauen kann. Heute wie 1917 ist solches Gerede in Wirklichkeit ein Angriff auf die Diktatur des Proletariats. Als er Kautskys Vorstellung der „reinen“ Demokratie angriff, beharrte Lenin

darauf, „wir können nur von Klassendemokratie sprechen“, und fügte hinzu: „Es ist nur natürlich, wenn ein Liberaler von ‚Demokratie‘ schlechthin spricht. Ein Marxist wird nie vergessen zu fragen: ‚Für welche Klasse?‘“ (Die Proletarische Revolution und der Renegat Kautsky)

In Polen z. B. stand die Forderung nach „freien Wahlen“ im Gegensatz zum Kampf für Arbeiterdemokratie. Lenin betonte, daß Sowjets die demokratische Form seien, durch die das Proletariat seine Diktatur ausübt – mit dem Ziel, die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Bedingungen für die kommunistische Gesellschaft zu schaffen. Die wesentlichste dieser Bedingungen ist die Aufrechterhaltung der proletarischen Staatsmacht und des kollektivierten Eigentums. Lenin hob gegenüber Kautsky hervor:

„Notwendiges Merkmal, unerläßliche Bedingung der Diktatur ist die gewaltsame Niederhaltung der Ausbeuter als Klasse und folglich eine Verletzung der ‚reinen Demokratie‘, d. h. der Gleichheit und Freiheit, gegenüber dieser Klasse.“ (Hervorhebungen im Original)

Als allgemeine Regel würde die Sowjetdemokratie nur die politischen Parteien zulassen, die zur Verteidigung der Diktatur des Proletariats stehen – und nicht, wie die „Leninisten“ an einem Punkt in „Sozialismus und Demokratie“ (Işçinin Sesi, 8. Februar, unsere Übersetzung) meinen, „die Parteien, die sich nicht dem demokratischen System des proletarischen Staates widersetzen“, da es durchaus denkbar ist, daß kapitalistisch-restaurative Kräfte sich darauf verlegen, über Organe der Arbeiterdemokratie zu arbeiten, wenn sie Gelegenheit dazu erhalten. Mögen auch Jahre sowjetischer Entspannungspolitik dies für Işçinin Sesi verdunkelt haben, so hat doch Lenin die Diktatur des Proletariats klar als relativ kurze Periode heftiger Konflikte zwischen Bourgeoisie und Proletariat auf internationaler Ebene gesehen. In seiner Argumentation gegen Kautsky hob Lenin hervor:

„Wenn die Ausbeuter nur in einem Lande geschlagen sind – und das ist natürlich der typische Fall, denn eine gleichzeitige Revolution in einer Reihe von Ländern ist eine seltene Ausnahme –, so bleiben sie doch stärker als die Ausbeuteten, denn die internationalen Verbindungen der Ausbeuter sind außerordentlich groß.“ (Hervorhebung im Original)

Die Linke Opposition gegen die bürokratische Kaste

Wenn die PVAP verantwortlich für die Krise und isoliert ist, wenn sie den „tiefsten Punkt ihrer bürokratischen Deformation“ erreicht hat, dann wirft das doch gewiß einige Fragen nach der Rolle dieser bürokratischen Schicht in der Gesellschaft auf. In einer ausführlicheren historischen Erörterung der UdSSR beschreiben die „Leninisten“, wie Lenin sein ganzes Leben lang gegen die Bürokratisierung der Sowjetunion kämpfte, die nicht von der Theorie des Sozialismus herrühre, sondern auf der spezifischen Grundlage der unzureichenden Entwicklung Rußlands als kapitalistisches Land basiere.

An anderer Stelle beschreibt Işçinin Sesi, in welchem Maße bürgerlicher Pazifismus, Nationalismus und Opportunismus in den kommunistischen Parteien vorherrschend waren. Und sie verurteilt die Unterdrückung der Werke von Bucharin, Sinowjew und Trotzki in der Sowjetunion (siehe Turkey

Today, Januar/Februar 1982). Aber insbesondere Trotzki's Schriften werden gerade deswegen unterdrückt, weil sie die Phänomene, die Işçinin Sesi heute kritisch vermerkt, beschrieben und bekämpft haben.

Indem sie nicht erkennt, daß Stalin angesichts der schwierigen Bedingungen, denen der isolierte junge Arbeiterstaat gegenüberstand, ein unterschiedliches Programm entwickelte, objektiviert Işçinin Sesi den geschichtlichen Prozeß und legt den Schluß nahe, daß das Geschehene unvermeidlich war. War Lenin bloß ein Utopist, als er die Bürokratie bekämpfte? Nein! Auch gegenüber der gegenwärtigen Situation in der Sowjetunion wäre seine Politik nicht etwa „kritische Akzeptanz“ gewesen, wie von Işçinin Sesi in ihrer Polen-Erklärung vorgetragen wird. Die stalinistische Ideologie dient dazu, die Rolle der Bürokratie zu verdunkeln und deren konterrevolutionären Verrat zu rechtfertigen. Und bei Işçinin Sesis Hintergrund ist es nicht überraschend, daß sie in ihrem theoretischen Gepäck Positionen mit sich führt, die nicht leninistisch, sondern stalinistisch sind.

Hätte die Sowjetunion eine leninistische Führung behalten, dann wäre es keineswegs unvermeidlich gewesen, daß sie isoliert blieb und einem solch großen Druck ausgesetzt war. Trotzki und die Linke Opposition bekämpften die Degeneration der Sowjetunion genau seit dem Zeitpunkt, an dem nach Ansicht von Işçinin Sesi die Entwicklung schief zu laufen begann. Sie schlugen ein revolutionär-internationalistisches Programm vor, um die Sowjetdemokratie wiederherzustellen, die Aufgaben des sozialistischen Aufbaus in Angriff zu nehmen und die Weltrevolution auszudehnen.

Trotzki entwickelte die Analyse, daß die „weitverbreitete Bürokratie“, gegen die Lenin gekämpft hatte, sich 1924 unter den schrecklichen Bedingungen, die durch die allgemeine Knappheit und den Bürgerkrieg entstanden waren, zu einer besonderen Kaste mit besonderen materiellen Interessen hatte konsolidieren können, die nicht länger dem Proletariat diene, sondern unabhängig von diesem war. Die kollektivierten Eigentumsformen blieben intakt, der Klassencharakter des Sowjetstaates blieb unverändert, aber das Regime der Sowjetdemokratie und des proletarischen Internationalismus war durch das Regime einer konservativen, nationalistischen Bürokratie ersetzt worden.

Eifrig darauf bedacht, den Status quo zu bewahren, versuchte diese bürokratische Kaste, mit Stalin als ihrem Hauptsprecher, die kollektivierte Ökonomie, auf der ihre Privilegien beruhten, mehr durch die Beschwichtigung des Imperialismus und durch Aussöhnung mit ihm als durch das Vortreiben der internationalen Revolution zu verteidigen; und sie war bestrebt, jede proletarische Herausforderung und Bedrohung ihrer Position abzuwehren, indem sie sich das Monopol über die politische Macht aneignete. Das Ausbleiben der internationalen Ausdehnung der Revolution wurde theoretisch – durch den „Sozialismus in einem Land“ – zu einer Perspektive rationalisiert, die die Notwendigkeit der internationalen Revolution leugnete. Ob nun bei dem Bemühen, ihre Verbindungen zu den linken Bürokraten des TUC (Trades Union Council) während des britischen Generalstreiks (1926) aufrechtzuerhalten, oder bei der sinnlosen Opferung der chinesischen Kommunisten an Tschiang Kai-schek, die stalinistische

Bürokratie verriet revolutionäre Gelegenheiten noch und noch. „Sozialismus in einem Land“ war eine sich selbst erfüllende Prophezeiung, daß die proletarische Diktatur in einem Land isoliert bleiben würde.

Ist Sozialismus in einem Land möglich?

Noch bis Anfang 1924 trug Stalin vor, was für Marxisten-Leninisten ein grundlegendes Axiom war:

„... kann der endgültige Sieg des Sozialismus in einem Lande erreicht werden ohne die gemeinsamen Anstrengungen des

Erscheinungen in der Sowjetunion ins Gesicht. In ähnlicher Weise heute von der Existenz des Sozialismus in Polen und der Sowjetunion zu reden, ist ein Abdecken der antisozialistischen Rolle der Bürokratie.

In einem Versuch, kritisch an die Politik der Bürokratie heranzutreten, ohne deren Rolle als solche zu begriffen zu haben, erklärt Işçinin Sesi, genauso wie Mao Tse-tung und andere Stalinisten vor ihnen, daß es im Sozialismus Klassenkampf gibt. Ein sorgfältiges Studium der Werke Lenins geleitet diese Revision des Marxismus-Leninismus zur ewigen Ruhe:



Lenin und Trotzki, Führer der russischen Revolution

Proletariats mehrerer fortgeschrittener Länder? Nein, das ist unmöglich.“ („Über die Grundlagen des Leninismus“, erste Ausgabe, Lenin und Leninismus)

Einige wenige Monate später sagte er das Gegenteil. Obwohl Marx und Lenin den Begriff „Sozialismus“ zuweilen lose oder zur Beschreibung ihrer Weltanschauung gebrauchten, bedeutete er doch bei beiden in seiner präzisen wissenschaftlichen Definition (wie sie von Lenin in „Staat und Revolution“ geleistet wird) die niedere Phase des Kommunismus. Es ist eine Gesellschaft, die charakterisiert wird durch Gemeineigentum, sehr hohe Arbeitsproduktivität, die Abwesenheit von klassenbegründeten gesellschaftlichen Antagonismen, die Ersetzung der stehenden Armee durch eine allgemeine Volksmiliz, die Beschränkung materieller Anreize auf gleichen Lohn für gleiche Arbeit, völlige Emanzipation der Frauen, das Verschwinden des uralten Unterschieds von Stadt und Land etc. Kurz gesagt ist es erst der Beginn des menschlichen Aufstiegs aus dem „Reich der Notwendigkeit ins Reich der Freiheit“. Es ist offenkundig, daß der Sozialismus, den Marx und Engels vor Augen hatten, eine Weltgesellschaft wäre, die notwendigerweise die industrialisierten Länder Europas, die Vereinigten Staaten und Japan umfassen würde. Zu behaupten, wie Stalin es in der Verfassung von 1936 tat, daß der Klassenkampf in der Sowjetunion beendet und der Sozialismus erreicht worden sei, schlägt den geradezu schreienden nichtsozialistischen

„Sozialismus ist Abschaffung der Klassen. Die Diktatur des Proletariats hat für diese Abschaffung alles getan, was sie tun konnte. Aber auf einen Schlag kann man die Klassen nicht abschaffen. Und die Klassen sind geblieben und werden für die Dauer der Epoche der Diktatur des Proletariats bestehenbleiben. Die Diktatur wird nicht mehr gebraucht werden, wenn die Klassen verschwunden sind. Sie werden nicht verschwinden ohne die Diktatur des Proletariats. Die Klassen sind geblieben, aber jede Klasse hat sich in der Epoche der Diktatur des Proletariats verändert; auch ihr Verhältnis zueinander hat sich verändert. Der Klassenkampf verschwindet nicht unter der Diktatur des Proletariats, sondern nimmt nur andere Formen an.“ (Lenin, „Ökonomik und Politik in der Epoche der Diktatur des Proletariats“)

Zwischen Kapitalismus und Kommunismus (einschließlich seiner niederen Stufe Sozialismus) liegt eine Übergangsperiode, in der das Proletariat seine Diktatur durchsetzt und selbstverständlich auch in einem Land beginnen würde, „solche Voraussetzungen des Sozialismus“ aufzubauen, wie es nur kann. Aber die Art, wie Işçinin Sesi die Begriffe „Sozialismus“ und „Demokratie“ handhabt, widerspiegelt auf der einen Seite ihr stalinistisches methodisches Erbe und auf der anderen das Bestreben der bürokratischen Kaste, sich den Mantel des Sozialismus umzulegen. Diese Bürokratie wird sich nicht selbst reformieren, sondern muß durch eine proletarische politische Revolution gestürzt werden.

Ob Işçinin Sesi nun davon spricht, in Polen „Sozialismus und Demokratie miteinander in Einklang zu bringen“, oder ob sie verkündet, „in der folgenden Periode wird die Demokratisierung die grundlegende Frage für die Sowjetunion sein“ (Yasayan Sosyализm, unsere Übersetzung), allemal betritt sie einen sehr gefährlichen Boden. Ihr abstrakter Ruf nach „Demokratisierung“ kann den Weg für den Verzicht auf die Verteidigung der Sowjetunion ebnen.

Stalin übernimmt menschowistische Etappenstrategie

Und hier drehen sich die TKP-Leninisten im Kreis. Hier werden nicht nur die Probleme ihrer Position vom Standpunkt der revolutionären Verteidigung der deformierten und degenerierten Arbeiterstaaten bloßgelegt, sondern ebenso wird die Frage nach ihrer Fähigkeit aufgeworfen, eine sozialistische Revolu-

Fortgesetzt auf Seite 7



Linke Oppositionelle demonstrieren am Jahrestag der Oktoberrevolution in einer Exilkolonie in Sibirien. Transparent (Bildmitte) mit Lenin und Trotzki-Bildern: „Es lebe die Diktatur des Proletariats!“

Weg mit dem FU-Raumverbot!



Spartakist Foto

Westberlin. Am 27. April erteilte die „Freie“ Universität dem öffentlichen Arbeitskreis der Troztkistischen Liga Deutschlands „Revolutionärer Kampf gegen NATO-Kriegskurs: Verteidigt DDR und Sowjetunion! Für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands!“ ein Raumverbot am Otto-Suhr-Institut (OSI). Die FU-Frontstadtuniversität soll ihrem Namen wieder gerecht werden, „frei“ von Roten und linken Ausländern zu sein. Die TLD, seit acht Jahren an der FU aktiv, kämpft dafür, dieses Verbot zurückzuschlagen.

Gegen diese Zensurmaßnahme protestierten zahlreiche Organisationen, Studenten und Persönlichkeiten: ASTA-FU, Studentenparlament, die studentische Vollversammlung vom 27. Mai, OSI-Fachschafts-Initiative, OSI-Seminare, GEW-Hochschul-

gruppe, ÖTV-Vertrauensleute, Mitglieder des ÖTV-Betriebsgruppenvorstandes, Persönlichkeiten wie Oskar Hippe, Mitglied des Spartakusbundes von Karl Liebknecht und langjähriger Troztkist, und folgende Organisationen: ADS, AL-Hochschulbereich, GIM/Sozialistische Linke, IKW, KS, KB und MG. Der Personalrat der Tutoren an der FU protestierte in einem Brief an die Universitätsverwaltung gegen das Verbot.

50–60 Studenten hörten auf der Protestkundgebung vor der FU-Mensa am 13. Mai aufmerksam zu, als Genosse Claudius von der TLD-Hochschulgruppe sagte:

„Antiimperialismus heißt Klassenkampf im eigenen Land! Während die MG sagt, Westdeutschland sei ein ‚Satellit‘ der USA, kämpfen wir gegen die eigenständigen Interessen des deutschen Imperialismus, durch politi-

bedingungslose Verteidigung des sowjetischen Blocks gegen die NATO, einschließlich der bevorzugten Zielscheibe der imperialistischen „Menschenrechts“kampagne, der Berliner Mauer, zieht es auch eine scharfe Trennungslinie zum Antikommunismus.“ (Nr. 32, September 1980) In einem wieder vereinigten Rätedeutschland wäre die machtvolle deutsche Arbeiterklasse der Vorkämpfer für die Proletarier ganz Europas, sie würde die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa auf die Tagesordnung setzen.

Für die MG ist das ein Graus, weil sie sich unter einer Veränderung des Status quo nur eine Neuauflage des Dritten Reichs vorstellen kann; ohne *Klassenperspektive* muß sie die *proletarische* revolutionäre Wiedervereinigung als nationalistisches Trauma ablehnen. In der Überschrift „Krauts-Power vs. MG“, mit der sie in der *Hamburger Hochschulzeitung* (13. April) aus unserer Presse zitiert, kommt nichts anderes als die Kollektivschuldtheorie zum Ausdruck, die Stalinisten und Sozialdemokraten dazu diente, ihre Verantwortung für den Sieg des Faschismus auf die deutsche Arbeiterklasse abzuwälzen. Und wenn die MG angreift, „daß man die Arbeiter mit der von ihr gewählten Führung entschuldigt“ (MSZ, April 1978), können wir das nur entschuldigen, wenn man bedenkt, das für MGler die Geschichte der Arbeiterbewegung offensichtlich erst mit ihrer eigenen Pubertät beginnt. Die deutsche Arbeiterklas-

se und wirtschaftliche Unterhöhnung des Ostblocks ihr Ziel einer kapitalistischen Wiedervereinigung zu erreichen... Die Unterstützung von Solidarność bedeutet ebenso wie ‚Schwerter zu Pflugscharen‘: Entwaffnung der Arbeiterstaaten und Konterrevolution. Erinnert euch an den ‚Pazifisten‘ Nico Hübner, der als DDR-Wehrdienstverweigerer und erster Aktivist der DDR-Friedensbewegung im Westen hochgejubelt, hier angekommen gemeinsam mit Junger Union und faschistischer Wikingjugend eine Veranstaltung der SEW sprengen wollte – was der SEW ein Raumverbot einbrachte. Wir haben damals auch das Recht der SEW auf Räume an der FU verteidigt... Reagan kommt am 11. Juni nicht umsonst nach Westberlin, NATO-Insel des sogenannten ‚freien Westen‘... Die TLD sagt: Die Verteidigung von DDR und Sowjetunion beginnt in Berlin!“

Die Vertreterin des ASTA, Ilona Hepp, forderte ebenfalls die sofortige Zurücknahme des Raumverbots. SEW/ADS und GIM/Soli hatten ihre Solidarität auf bloßen papiernen Protest beschränkt. Die MG bezeugte ihren politischen Bankrott, indem sie stumm der Kundgebung lauschte... „Hoffnungslosigkeit als Kampfperspektive“. *Unsere* Perspektive faßte Genossin Gisela zusammen:

„Die Arbeiterklasse braucht eine revolutionäre Führung, die sie mit dem Programm des Sturzes der Bourgeoisie bewaffnet. Die TLD will Studenten gewinnen, nicht für Illusionen von ‚roten‘... Unis, sondern für den Aufbau der kommunistischen Partei und für die Wiedergeburt der Vierten Internationale.“ Die TLD wird sich an der „Freien“ Universität nicht mundtot machen lassen!

se hat andere Führer hervorgebracht als die Schmidts und Brandts und ihre linken Adjutanten. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht mobilisierten die revolutionäre Kraft des Proletariats gegen das chauvinistische Gift, das der „stinkende Leichnam“ der Sozialdemokratie verbreitete. Für verzweifelte Kleinbürger gehört das zum Geschichtsunterricht – für Revolutionäre, die die Welt verändern wollen, weist der Kampf der Spartakisten den Weg zur Revolution. Von diesem Kampf will die MG nichts wissen. In ihrem Artikel über die „Friedensbewegung 1914 und 1982“ (MSZ, 26. Mai) verschweigt sie den Kampf Liebknechts gegen den Sozialchauvinismus und richtet sich gegen das „Basler Manifest“, den Krieg „zur Aufrüttelung des Volkes auszunutzen und dadurch die Beseitigung der kapitalistischen Klassenherrschaft zu beschleunigen“.

Staatstheorie à la MG: Marx steht Kopf

Die internationale Spartacist Tendenz kämpft weltweit für die Macht der Arbeiterklasse, die einzige Perspektive, um für immer mit kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung und imperialistischer Kriegstreiberi Schluß zu machen. Für die deutsch-österreichische „Internationale“ der MG kommt das Übel auf dieser Welt von den „Staaten“, von der „Herrschaft“ bzw. ihren Repräsentanten, den „Politikern“ oder „Staatsmännern“:

„Die Kapitalisten sind zwar die Nutznießer der Nation und ihrer Freiheit, über die Staatsgeschäfte *bestimmen* sie freilich nicht. Der Krieg gegen eine fremde Staatsmacht ist nicht ihr *Interesse*.“ (MAZ Hamburg, 23. April)

Marx sagt dieser „Marxistischen Gruppe“: „Die moderne Staatsgewalt ist nur ein Ausschuß, der die gemeinschaftlichen Geschäfte der ganzen Bourgeoisie verwaltet.“

Kein Wunder, daß ein langer Artikel in der MSZ (Mai/Juni 1981) der Widerlegung von Lenins Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ gewidmet ist. „Der 1. Weltkrieg drehte sich jedenfalls nicht um die Eroberung neuer Ländereien...“ und anderen Unsinn kann man dort finden. Eine *marxistische* Erklärung, warum das Profitstreben des Kapitalismus unweigerlich im Kampf um die imperialistische Neuverteilung endet, kann man dort nicht finden – nur

die Kinderei, daß Kriege eine Art von Autoritätsgerangel von „Staatsgebilden“ sind, um herauszufinden, wer der Stärkere ist.

Lenin, der Führer der einzigen erfolgreichen proletarischen Revolution, läßt die Kritiker der MG auch aus einem anderen Grund die Feder gegen ihn führen. Lenins unbeugsamer Wille, die Arbeiterklasse im Kampf gegen die Agenten der Bourgeoisie, die Reformisten aller Schattierungen, zur *Macht* zu führen, ruft bei ihr moralische Schauer der Entrüstung hervor. Das Verständnis der MG, die viel über „Bürger“, „Staaten“ und „Untertanen“ spricht (dafür umso weniger über die Arbeiterklasse), über den Kampf des Proletariats zu seiner Befreiung erinnert an antiautoritäre Kinderladenkonzepte. Solche Spielereien werden die Macht der Bourgeoisie nicht zerschlagen, dazu muß die Arbeiterklasse die Macht in ihre eigenen Hände nehmen und sie auch zur *Unterdrückung der Bourgeoisie* anwenden. Um einen alten, revolutionären Kritiker solcher Kindereien zu zitieren:

„Haben sie einmal eine Revolution gesehen, diese Herren (Antiautoritären)? Eine Revolution ist gewiß die autoritärste Sache, die es gibt, ein Akt, durch den ein Teil der Bevölkerung seinen Willen dem anderen Teil durch Flinten, Bajonette und Kanonen, alles das sehr autoritäre Mittel, aufzwingt; und die Partei, die gesiegt hat, muß ihre *Herrschaft* durch den Schrecken, den ihre Waffen den Reaktionen einflößen, behaupten...“ (Friedrich Engels, „Von der Autorität“, unsere Hervorhebung)

„Herrschaft, igitt, igitt.“ Das hat die MG auch in ihrer Entzückung über die konterrevolutionäre Solidarność gebremst: „Aber sie wollten ja bloß *ihren alten Herren* nicht mehr gehorchen...“ Wäre die gelbe Gewerkschaft im Dienste von NATO und deutschen Bankiers an die Macht gekommen, was Jaruzelskis Gegencoup verhindert hat, hätte das nicht einfach einen Regierungswechsel bedeutet. Das Programm der Solidarność (auch das ökonomische, worauf sie sich nach Meinung der MG hätte beschränken sollen), das sie auf ihrem ersten Kongreß annahm, ist ein aktives Programm der Konterrevolution. „Demokratie wie im Westen“ (seit jeher der Schlachtruf der Imperialisten gegen die Arbeiterstaaten), Beitritt zum Internationalen Währungsfonds (was unter der Führung der pilsudkischen Nationalisten den polnischen Arbeitern chilenische Verhältnisse bringen würde), drastische Ausweitung der Privatwirtschaft auf dem Land, Austritt aus dem Warschauer Pakt – ein Programm, dessen Sieg nicht nur eine Zerstörung der proletarischen Eigentumsformen, sondern auch den Beginn der *kapitalistischen* Wiedervereinigung Deutschlands bedeutet hätte, den Startschuß zum dritten Weltkrieg. Die Errungenschaften des polnischen Arbeiterstaates müssen bedingungslos gegen imperialistische Angriffe und die innere Konterrevolution verteidigt werden im Kampf für die politische Revolution zum Sturz der stalinistischen Bürokratie, die mit Korruption und Mißwirtschaft 10 Millionen Arbeiter in die Arme der Reaktion getrieben hat. Die MG will diese Konsequenz – wenn auch mit billiger Kritik an Walesas Madonnenbildchen – nicht ziehen.

MG: Für Papst Wojtylas Solidarność, gegen den DGB

„Errungenschaften der Arbeiterklasse, papperlapap“, sagt die MG und macht direkte Propaganda zur Zerschlagung der machtvollen Organisation des westdeutschen Proletariats in ihrem *Manifest gegen den DGB*. In auffälligem Kontrast zu ihren Sympathien für die konterrevolutionäre Solidarność vertritt die MG die radikal klingende Position, der DGB sei „nicht zu verbessern, sondern zu bekämpfen... 3 Jahrzehnte DGB sind genug!“ Damit steht sie nur in scheinbarem Gegensatz zur reformistischen Gewerkschaftspolitik der Linken, die im Schlepptau der Bürokratie hängt. Wer den DGB rechts liegen läßt, erweist Vetter & Konsorten den größten Dienst. Es erleichtert ihre Arbeit, Kämpfe gegen Arbeitshetze, Lohnraub und Entlassungen im Interesse der SPD/FDP-Krisenkoalition abzuwürgen. Und es bedeutet den Verzicht auf den Kampf, die Arbeiterklasse von ihrer traditionellen sozialdemokratischen Führung zu brechen und sie durch den Aufbau von revolutionären Gewerkschafts-

MG...

Fortsetzung von Seite 3

sten Westdeutschlands ziemlich weit entgegen“ (was sind Imperialisten in Anführungszeichen? – MSZ 1/82) sind die Aussagen zur deutschen Frage aber auch schon ziemlich erschöpft. Und das in einem gespaltenen Land, wo sich zwei verschiedene *Klassensysteme* direkt gegenüberstehen – das imperialistische (ohne Anführungszeichen) Westdeutschland und der deformierte Arbeiterstaat im Osten – in dem die Bourgeoisie die nationale Frage benutzt, antikommunistische Hetze zu schüren! Gerade hier wird man mit der Nase drauf gestoßen: Es ist unmöglich, die eigene Bourgeoisie zu bekämpfen, ohne die DDR gegen die revanchistischen nationalen Ansprüche des deutschen Imperialismus zu verteidigen.

Unser Ziel der revolutionären Wiedervereinigung, der revolutionären Einheit der deutschen Arbeiterklasse im Kampf für die soziale Revolution im Westen und politische Revolution im Osten, ist die einzige Antwort auf die Angst vor einem „Schlachtfeld Deutschland“, auf das legitime Nationalbewußtsein und der gerechtfertigten Feindschaft gegenüber der stalinistischen bürokratischen Herrschaft in Ostdeutschland. Und, wie wir im *Spartakist* schrieben: „Durch die



- Ich bin an Veranstaltungen und Materialien der TLD interessiert.
- Ich bitte um Zusendung von Probeexemplaren des **Spartakist**. DM 1,- für Porto habe ich beigelegt.
- Ich möchte den **Spartakist** abonnieren. 8 Ausgaben – DM 8,50 einschließlich **Spartacist** (deutsche Ausgabe)

Name

Anschrift

Telefon

Einsenden an/überweisen auf Postfach 1 67 47, 6000 Frankfurt 1 Postscheckkonto 119 88-601 (Verlag Avantgarde GmbH)

fraktionen für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung zu gewinnen.

Gewerkschaften sind ein wichtiges Instrument zur Verteidigung elementarer Interessen der Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie und sie müssen gegen die Angriffe der Kapitalistenklasse – trotz der bürokratischen Führung – verteidigt werden. Franz Josef Strauß bezeugt mehr Klassenbewußtsein, wenn er gegen den „Gewerkschaftsstaat“ zu Felde zieht, als die MG, die den DGB als eine gemeine Erfindung des bürgerlichen Staats abtut.

Die Neinsager von der MG entpuppen sich als die Jasager zum reinen Ökonomismus, sobald sie die Gefilde der reinen Kritik verlassen: „20.000 DM mehr zum Verbrauch im Jahr würden doch manches Problem lösen!“ (*Manifest...*) Sicher, doch radikal klingende Forderungen nach einer „Lohnmaschine“ werden die Wurzeln des Problems, das kapitalistische Ausbeutungssystem, nicht ausröten. Darüber hinaus wird die Losung „nur Lohnkämpfe sind lohnende Kämpfe“ von der Gewerkschaftsbürokratie immer dann ins Spiel gebracht, wenn es darum geht, die politische Bewegung der Arbeiterklasse zu stoppen. Die französischen Kapitalisten gaben 1968 mit Kußhand 20 Prozent mehr Lohn dafür, daß die verräterische KP-Führung die Arbeiter von der *Machtübernahme* abhielt (und fingen natürlich am nächsten Tag damit an, das Gewonnene zurückzunehmen).

Die Nur-Gewerkschafter ohne Gewerkschaft gehen sogar noch weiter. Kämpfe gegen Betriebsschließungen sind für sie „reaktionär“, weil sie das Recht auf Ausbeutung verteidigen. Die Arbeitslosen sollten sich freuen über die „Freiheit“ von dem Zwang, ihre Arbeitskraft für wenig Lohn zu verkaufen. Erzählt das den Hunderten von Jugendlichen auf einem Dortmunder Arbeitsamt, die noch gar keine Gelegenheit hatten, diesen Zwang kennenzulernen! Und arbeitslosen Frauen raten diese zynisch-elitären Verweigerer wohl das Arbeitsamt mit einem Ehevermittlungsinstitut auszutauschen.

„Diesen Frauen könnte geholfen werden. Die Männerlöhne müssen so steigen, daß sie für den Lebensunterhalt beider reichen. Schon wären die Frauen auf keine Arbeit mehr angewiesen, wären also nicht mehr arbeitslos.“ (*MAZ Hamburg, 23. April*)

Das ist also, was die MG anzubieten hat: Kinder, Küche, Kirche für die Frauen; nicht eine Perspektive der Macht für die Arbeiterklasse, sondern einfach nur mehr aufs Butterbrot; das nationalistische arbeiterfeindliche Programm der Solidarność für die polnischen Arbeiter; eine Niederlage für das internationale Proletariat, indem sie die Entwaffnung der Arbeiterstaaten vor dem Imperialismus propagiert. Natürlich alles verbrämt mit den anarchistischen Wunschräumen, die sich ein Liberaler manchmal erlaubt.

Genossinnen und Genossen, die den Krieg verhindern wollen und wissen, daß nicht „Politiker“, sondern die Bourgeoisie den Krieg hervorruft; daß diese Klasse durch das Proletariat gestürzt werden muß; die davon ausgehen, daß der Hauptfeind im eigenen Land steht und die Errungenschaften der Arbeiter verteidigt werden müssen – die sollten sich nicht länger von pseudolinken Sprüchen zum Narren halten lassen.

Die einzige Perspektive für die Menschheit ist die Perspektive der *Diktatur des Proletariats*, „das heißt das als herrschende Klasse organisierte Proletariat“ (Marx), die den Weg zur vollständigen Befreiung, zur sozialistischen Zukunft, eröffnet. ■

SPARTACIST

- Nr. 10, deutsche Ausgabe
 – Solidarność: Konterrevolutionärer Drang zur Macht gestoppt
 – Solidarność: Im Dienst von CIA und Bankiers
 – Afghanistan: Die SWP macht kehrt VS fordert Rückzug der sowjetischen Truppen
 – Spartacist League in Sri Lanka gegründet
 – LTF mobilisiert Gewerkschafter gegen Faschisten
 – Nein zur NATO-Volksfront in Frankreich
 – Blutfelde Iran/Irak **DM 2,-**
 zu beziehen über die Redaktionsanschrift

Işçinin Sesi...

Fortsetzung von Seite 5

tion in der Türkei zu führen. Um die Wurzeln des Opportunismus der offiziellen TKP, mit dem Işçinin Sesi nur teilweise gebrochen hat, zu verstehen, muß sie sich wiederum Trotzki Kampf gegen den Stalinismus zuwenden. Der durchdringende Opportunismus in den kommunistischen Parteien ist keine Frage episodischer Irrtümer oder ideologischer Schwächen; die „kommunistische Weltbewegung“ von heute ist nicht etwa eine mangelhafte, „zentristische“ Weiterführung der Weltpartei der sozialistischen Revolution, die Lenin und Trotzki aufgebaut hatten, sondern eine beständige Barriere für die Weltrevolution. In seiner Kritik an Stalins Programmwurf für den Sechsten Kongreß der Komintern (1928) warnte Trotzki vor den konterrevolutionären Implikationen des „Sozialismus in einem Land“:

„Die neue Lehre lautet: Der Sozialismus kann auf dem Boden eines nationalen Staates aufgebaut werden, wenn nur nicht eine Intervention dazwischenkommt. Daraus kann und muß trotz aller feierlichen Versicherungen in dem Programm unbedingt eine Verständigungspolitik gegenüber der ausländischen Bourgeoisie entspringen. Das Ziel ist die Umgehung einer Intervention, denn dadurch wird ja der Aufbau des Sozialismus gesichert, d. h. also eine historische Grundfrage gelöst. Die Aufgaben der Parteien der Komintern bekommen dadurch lediglich einen Hilfscharakter. Sie sollen die USSR vor einer Intervention schützen und nicht etwa für die Eroberung der Macht kämpfen.“

Heute die „kommunistische Weltbewegung“ als zentristisch und als durch ideologischen Kampf reformierbar zu bezeichnen, bedeutet schlicht, den welthistorischen Verrat – nicht einfach Irrtümer –, der seitdem von den kommunistischen Parteien begangen wurde, zu ignorieren.

Kurz, das Aufgeben der Perspektive der Weltrevolution, um kapitalistische „Freunde“ zu gewinnen, wurde zu einer Politik der Opposition gegen die proletarische Revolution. Der Machtantritt des Faschismus in Deutschland – ohne einen nennenswerten Kampf der deutschen kommunistischen Massenpartei oder irgendeinen bedeutenden Widerhall auf diesen Verrat in der Komintern – war Beweis dafür, daß die Kommunistische Internationale durch diesen Kurs endgültig

bei der Verteidigung der bürgerlichen Ordnung angekommen war, was einige Jahre später durch ihren offenen Kampf gegen die proletarische Revolution in Spanien anschaulich bestätigt wurde. Der Widerstand gegen den Klassenkampf in den Ländern der imperialistischen Verbündeten Rußlands während des Zweiten Weltkriegs, die Entwaffnung der italienischen und französischen Arbeiter nach dem Krieg und zahllose andere Beispiele waren keineswegs Irrtümer oder Abweichungen, sondern konsequenter Verrat. Und um diesen Verrat des Kampfes gegen den Kapitalismus zu rechtfertigen, revidierten die Stalinisten Lenins Lehren in umfassender Weise, wobei sie in hohem Maße Anleihen bei den menschwissenschaftlichen Theorien machten, die Lenin so ausdauernd bekämpft und diskreditiert hatte.

Die TKP-Leninisten verwerfen die „friedliche Koexistenz“ und die „Entspannung“, aber sie haben sich nicht von dem Erbe des stalinistischen Revisionismus befreit, das mit dieser Politik einhergeht. Erstens gibt der Stalinismus den Grundsatz auf, daß der bürgerliche Staat revolutionär zerschlagen werden muß, und geht von einem friedlichen reformistischen Übergang von der bürgerlichen Demokratie zum Sozialismus aus, wie es im „britischen Weg zum Sozialismus“ oder in Allendes „chilenischem Weg“ unverhüllt dargestellt wird. Er vertritt die „Zwei Etappen“-Revolution, also zuerst Kampf für Demokratie und später (das heißt nie) Sozialismus. Und er läßt eine „gemeinsame Diktatur“ von mehr als einer Klasse zu, wobei dieser dritte Staatstypus Namen wie „Volksdemokratie“ oder, im Falle Maos, „Neue Demokratie“ erhält. In Wirklichkeit hat solch ein dritter Staatstypus nie existiert, weil die Formationen bewaffneter Menschen in dieser Epoche entweder der proletarischen oder der bürgerlichen Klassenherrschaft verpflichtet sind.

Für die Türkei (aber nicht notwendigerweise für andere Länder) verwerfen die TKP-Leninisten die „Etappen“-Theorie von Bilal & Co. (zuerst „demokratische Umwandlungen“ und in der Zukunft sozialistische Revolution). Sie fordern den revolutionären Sturz des Regimes in der Türkei durch eine „fortgeschrittene demokratische Revolution“, die „die demokratische Diktatur des Volkes“ errichten wird, deren „Ziel nicht darin besteht, dem Kapitalismus den Weg zu bereiten, sondern durch einen ununterbrochenen Prozeß in den Sozialismus hineinzuzuwachsen“ (R. Yürükoğlu, *Das Dritte Programm und unsere Aufgaben*). An anderer Stelle spricht

Işçinin Sesi von einem „demokratischen Staat“. Aber wessen *Klassendiktatur* ist dieser „demokratische Staat“? Wenn es nicht die Diktatur des Proletariats ist, ist es etwa die mythische „gemeinsame Diktatur“, oder meinen die TKP-Leninisten damit, daß der bürgerliche Staat zum Sozialismus reformiert werden kann?

Im besten Fall ist Işçinin Sesi zurückgekehrt zu Lenins alter Losung von der „revolutionär-demokratischen Diktatur des Proletariats und der Bauernschaft“, einer Losung, die er 1917 aufgab, als er verstand, daß die demokratischen Aufgaben der Revolution nur durch die Diktatur des Proletariats gelöst werden können, und zwar zur gleichen Zeit, in der diese den sozialistischen Wiederaufbau der Gesellschaft beginnt. Dieses Verständnis war das Herzstück von Trotzki Theorie der permanenten Revolution und legte, zusammen mit Trotzki's Einsicht, daß Lenin in der Parteifrage die richtigen Auffassungen vertreten hatte, die Grundlage für ihre revolutionäre Zusammenarbeit bei der Führung der Oktoberrevolution. Und im schlimmsten Fall ist Işçinin Sesis Position lediglich ein Versuch, der klassischen Zwei Etappen-Theorie, die Stalin den Menschewiken entliehen hat, eine etwas linkere Färbung zu verleihen.

Die TKP-Leninisten stehen an einem kritischen Wendepunkt. Wenn sie nicht vorwärts gehen zu einem Verständnis des Trotzkiismus, können sie nur zurückweichen. Bei der Suche nach Antworten in der Tradition des Stalinismus, bei der Suche nach einem „marxistisch-leninistischen Kern“ in der stalinistischen Bewegung wird sich Işçinin Sesi nur in der einen oder anderen Variante des Reformismus verfangen. Die Tradition des Leninismus liegt anderswo, im Kampf Trotzki's und der Linken Opposition zur Verteidigung des Banners der bolschewistischen Revolution gegen den Verrat und die Unterdrückung durch den Stalinismus. Nur die proletarische politische Revolution, die das Hindernis der stalinistischen Bürokratie hinwegfegt, kann den Weg zu einem wahrhaft sozialistischen Aufbau eröffnen. Nur ein vollständiger und kompromißloser Bruch mit dem Erbe des Stalinismus zu Gunsten des Programms der Vierten Internationale Trotzki's kann die TKP-Leninisten mit einer Strategie zur Zerschlagung der bürgerlichen Klassenherrschaft in der Türkei und weltweit bewaffnen.

Nach Spartacist Britain Nr. 42, Mai 1982

Hauptfeind...

Fortsetzung von Seite 2

verstärkte Angriffe auf amerikanische Arbeiter: je schwärzer und ärmer, desto besser. Reagans Zerschlagung des Streiks und der Gewerkschaft der Fluglotsen, die rabiaten rassistischen Kürzungen der Sozialleistungen, die Arbeitslosigkeit kehren Teile der amerikanischen Werktätigen gegen die Regierung. Am vergangenen 19. September marschierten eine halbe Million Arbeiter auf Washington, um gegen Reagans arbeiterfeindliche Politik zu protestieren. Unter der Führung einer revolutionären Partei kann dieser Zorn den US-Imperialismus von innen zerschlagen.

In den USA wie in Europa heißt Antimperialismus Klassenkampf im eigenen Land. Unsere Tendenz kann deswegen eine internationale Arbeiterführung aufbauen, weil wir für internationale proletarische Solidarität unter den amerikanischen Arbeitern kämpfen. Ebenso wie wir für Arbeiteraktion gegen die Reagan-Reaktion und ihre faschistischen Ausläufer kämpfen, arbeiten wir für die Mobilisierung konkreter Opposition der Arbeiterklasse gegen die konterrevolutionären Initiativen der AFL-CIO von Lateinamerika bis Osteuropa. Wir kämpfen gegen die rassistischen Anstrengungen der Gewerkschaftsbürokratie, die Ängste amerikanischer Arbeiter gegen japanische Autoarbeiter oder „illegale Einwanderer“ zu wenden, die der Armut und dem Terror der Höllen der „freien Welt“ wie Haiti entflohen sind; und wir haben erfolgreiche proletarische Mobilisierungen gegen die erstarkende faschistische Bedrohung von Detroit bis Rouen geführt.

Die „extremen Linken“, genau wie die Reformisten haben längst die Hoffnung auf re-

volutionäre Lösungen aufgegeben – die einzigen Lösungen. In tiefer Angst vor wirklichen Kämpfen stellen sie sich hinter hohle „antiimperialistische“ Symbole wie die Besetzung der Falklands/Malwinen durch das argentinische „Mord & Co.“-Regime. In wachsendem Maße richten sie ihre Frustration und Wut gegen die Revolutionäre der internationalen Spartacist Tendenz, die es wagen, Seite zu beziehen im Kalten Krieg – an heißen Stellen wie Polen, oder wo er am heißesten ist, nämlich in El Salvador: Für den

Kontaktadressen der internationalen Spartacist Tendenz

Ligue trotskyste de France, Le Bolchévique, BP 135 – 10, F-75463 Paris Cédex 10

Spartacist League/Britain, Spartacist Publications, PO Box 185, London WC1H 8JE England

Trotzkistische Liga Deutschlands Postfach 1 67 47, D-6000 Frankfurt/Main 1

Lega Trotskista d'Italia, Walter Fidacaro C.P. 1591, I-20101 Milano

Spartacist League/Lanka, Spartacist League, 33 Canal Row, Colombo 01, Sri Lanka

Spartacist League/U.S., Spartacist League Box 1377, GPO, New York, NY 10116, USA

Spartacist Stockholm, Spartacist Publishing Co., Box 4508, S-102 65 Stockholm

Trotskyist League of Canada, Trotskyist League, Box 7198, Station A, Toronto, Ontario, Kanada M5W 1X8

Spartacist League of Australia/New Zealand, Spartacist League, GPO Box 3473, Sydney, NSW, 2001 Australien

militärischen Sieg der linken Aufständischen! Die Verteidigung von UdSSR und Kuba beginnt in Zentralamerika! Das verräterische Programm der „politischen Lösung“ von Mitterrand/Schmidt ist kein naiver Vorschlag an die salvadorianischen Kämpfer, Selbstmord zu begehen, sondern eine bewußte Politik, um Reagan zu beschwichtigen, damit er – diesmal wenigstens – die Welt nicht in die Luft jagt. Aber jene „extrem linken“ Zuhälter der Reformisten, die vor Reagans Erpressung in die Knie gehen, haben dann keine andere Wahl, als zu seiner freiwilligen Polizei zu werden gegen die Massen der kolonialen Welt und, nicht zuletzt, gegen die Werktätigen im eigenen Land. Die ausgebeuteten und unterdrückten Massen dieses Planeten werden den „realistischen“ Ratschlägen dieser reformistischen Herrschaften nie und nimmer folgen, die verhindern wollen, daß sie Reagan zu sehr reizen. Kämpfe *wird* es geben; es geht darum, eine Führung zu schmieden, die fähig ist, sie zu gewinnen.

Dies ist die Aufgabe, zu der sich die internationale Spartacist Tendenz verpflichtet hat. Die Sozialpatrioten, die den Imperialismus „reformieren“ wollen, ebenso wie ihre Lakaien der „extremen Linken“, die gezeigt haben, daß sie eine revolutionäre Führung nicht von Ajatollah Chomeini unterscheiden können, müssen entlarvt und hinweggefegt werden im Kampf zur Wiederschmiedung der Vierten Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution.

18. Mai 1982
 Internationales Exekutivkomitee der internationalen Spartacist Tendenz
 Spartacist League/Britain
 Ligue trotskyste de France
 Trotskistische Liga Deutschlands
 Lega Trotskista d'Italia
 Spartacist League/U.S.

SPARTAKIST

Reagans Freunde gehen sich an die Gurgel

Falklands: Krieg im Nirgendwo

24. Mai. Wer auch immer im chauvinistischen Zwist um die Falklands/Malwinen gewinnt, die NATO und der US-Imperialismus sind die Verlierer – und das ist gut so. Haigs hektische Reisediplomatie hat den Schießkrieg zwischen Thatchers Britannien und Galtieris Argentinien nicht verhindern können – zwischen zwei der zuverlässigsten Verbündeten der USA in dem Kalten-Kriegs-Feldzug gegen die Sowjetunion. Britische Torpedos beförderten den aus amerikanischen Beständen stammenden Kreuzer „General Belgrano“ auf den Meeresboden, eine „Exocet“-Rakete französischer Produktion mit einem Suchkopf von Messerschmitt-Bölkow-Blohm verwandelte den Zerstörer Sheffield zu Schrott. Inzwischen geht die gegenseitige Zerstörung der Militärmaschinerien munter weiter. Marxisten sind im gegenwärtigen Konflikt revolutionäre Defätisten; wir begrüßen es, wenn diese beiden arbeiterfeindlichen Regime gegenseitig ihre Flotten versenken. Es gibt ein altes Sprichwort: Krieg ist die Mutter der Revolution. Die bluttriefende argentinische Junta, die nur kurz vor Ausbruch der Falkland-Krise von massiven Arbeiterprotesten erschüttert wurde, und die verhaßte Thatcher-Regierung, die das britische Proletariat ins Massenehend getrieben hat, können zu Fall gebracht werden als Ergebnis von Niederlage und Demütigung im Krieg.

Reagan, der bei Ausbruch des Konflikts tönte, „wir sind mit beiden Ländern befreundet“, hat sich schließlich für den wichtigeren der beiden antisowjetischen Partner entscheiden müssen. Aber auch in Europa wird Solidarität mit dem „spätimperialen Schluckauf der Engländer“ (*Die Zeit*, 21. Mai) nur zähneknirschend geübt. Die Europäische „Gemeinschaft“ konnte sich nur mit Mühe, gegen den Widerstand Italiens, Irlands und Dänemarks, auf die Verlängerung der Importsperrung gegen Argentinien einigen. Westliche Bankiers fürchten bei einer Verschärfung der Falkland-Krise um ihre 23 Milliarden Dollar, die Argentinien ihnen schuldet, darunter allein 4,5 Milliarden Mark an deutsche Banken. Gerade die deutschen Imperialisten sind erbost über den britisch-argentinischen Streit über die vor allem von Schafen und Pinguinen bewohnten Falkland/Malwinen-Inseln unweit der Antarktis. Argentinien ist ja nicht nur Hort für nach dem Krieg geflüchtete Nazis. Westdeutschland ist der größte Waffenlieferant Galtieris. Allein bei Blohm & Voss in Hamburg und den Howaldt-Werken in Kiel befinden sich mehrere Fregatten und U-Boote für Argentinien im Bau. Und der britische Rivale brachte über den BBC ans Tageslicht, daß Westdeutschland durch die Lieferung von nuklearer Technologie *insgeheim eine deutsch-argentinische Atombombe am Rio de la Plata baut!*

Was Britanniens NATO-Partner am meisten fuchst: „Die Sowjets... verbuchen einen ganz unnötigen Positionsgewinn“ (*Die Zeit*, 21. Mai). Genscher forderte Thatcher auf, „bei ihren Entscheidungen das ‚Gesamtinteresse‘ von NATO und Europäischer Gemeinschaft mitzuberücksichtigen. Eine so starke Streitmacht, wie sie die britische Falkland-Flotte darstelle, dürfe der NATO nicht auf Dauer entzogen werden“ (*Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 24. Mai). Und ein westlicher Diplomat in Buenos Aires bemerkte resigniert, daß „die Russen die einzigen Gewinner in dieser Krise sind. Jedermann sonst

steht da wie ein begossener Pudel“ (*Newsweek*, 26. April). Aber so sehr sich die antisowjetischen NATO-Propagandisten auch bemühen, den Russen das Falkland-Fiasko in die Schuhe zu schieben, es will nicht recht gelingen. Einen eigenartigen Respekt für „internationales Recht“ an den Tag legend, haben die Kreml-Bürokraten nicht einmal ihr Veto gegen britische Resolutionen im UN-Weltsicherheitsrat eingelegt. Bisher jedenfalls haben sie nur eine gewisse diplomatische Neigung für Argentinien zum Ausdruck gebracht, das schließlich ihr Haupthandelspartner im Westen ist.

Wenn der Falkland-Konflikt auch eine der bizarrsten Episoden des imperialistischen Niedergangs darstellt, so ist die Welle chauvinistischer Hysterie, die in Britannien hochschlägt, doch nicht weniger gefährlich. Die „Eiserne Lady“ proklamiert, daß jedwede „Agression“ zurückgeschlagen werden muß. Was für ein Recht hat eine dritttrangige Macht und ein gewesenes Empire wie Britannien, sich als Weltpolizist aufzuspielen? Warum nicht Österreich? Thatcher, die das Selbstbestimmungsrecht von 1800 Falkländern zu verteidigen behauptet, versucht die britische Arbeiterklasse hinter die imperialistische Regierung zu scharen, um sie von dem Massenehend und drei Millionen Arbeitslosen abzulenken. Und Michael Foot, Führer der Labour Party, gratulierte der Royal Navy zur Rückeroberung Südgeorgiens. Der „rote“ Tony Benn hat am ehesten die Kapazitäten und Interessen des britischen Kapitalismus zum Ausdruck gebracht. Der Labour-Linke erkannte, daß Britannien nicht in der Lage ist, 13 000 Kilometer entfernt von der Heimatbasis einen Krieg wegen ein paar gottverlassener Inseln zu führen, und warnte, daß es „in einer Tragödie für dieses Land enden wird“, wenn die Flotte nicht zurückbeordert wird.

Am augenfälligsten aber an diesem obskuren Konflikt ist die Hilflosigkeit der USA als selbsternannter Führer der „freien Welt“. 1956, auf dem Höhepunkt des „American Century“, bliesen Eisenhower und Dulles die britisch/französisch/israelische Invasion Ägyptens wegen des Suezkanals einfach ab. Aber die Zeiten haben sich geändert.

Zugunsten seines wichtigeren antisowjetischen NATO-Verbündeten im Nordatlantik war Reagan gezwungen, seinen argentinischen Alliierten im Stich zu lassen – der freiwillig angeboten hatte, Eliteeinheiten einzusetzen, um mitzuhelfen beim Umsturz der kleinbürgerlich-radikalen Sandinistas in Nicaragua und bei der Unterdrückung der linken Aufständischen in El Salvador. Ein Riß in der antisowjetischen Front, den Revolutionäre begrüßen.

Pseudolinke applaudiert Galtieri

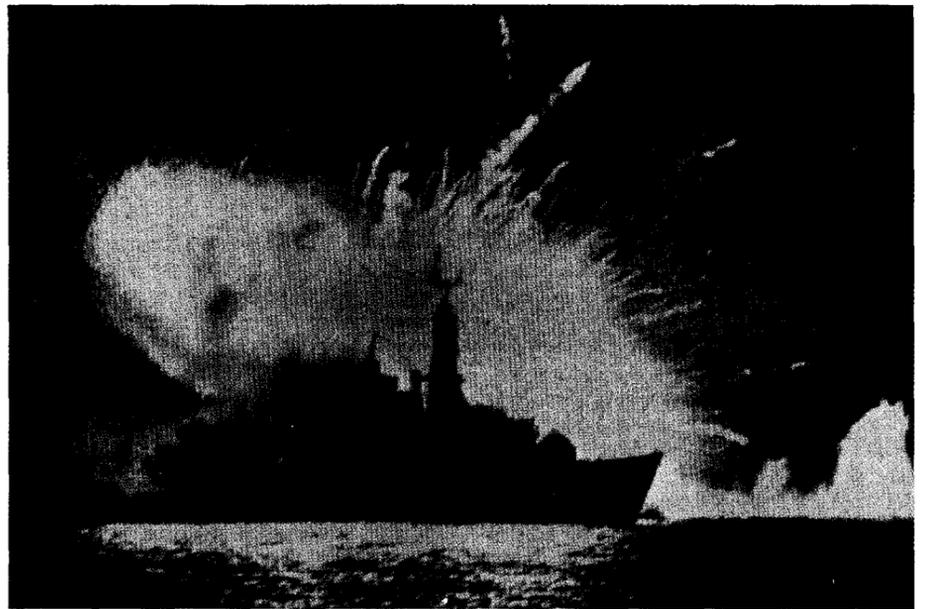
Große Teile der westdeutschen Linken sehen ihre Berufung in der Rolle als Claqueure für Galtieri. Erging sich der Kommunistische Bund (KB) im April lediglich in kleinbürgerlich-pazifistischem Gejammer „Dieser Krieg ist keinen Toten wert“ (*Arbeiterkampf*, 19. April), so beklagt er jetzt in einem Leitartikel, daß die „westdeutsche Friedensbewegung... gegen Großbritanniens Kolonialkrieg bisher kaum Engagement entwickelt“ hat. Kolonialkrieg? Handelt es sich um eine Frage nationaler Selbstbestimmung? Die 1800 falkländischen Schafzüchter sprechen englisch und

sind in fanatischer Weise loyal gegenüber dem nicht mehr existenten britischen Empire. Neokolonialkrieg? Die Falklands sind hunderte von Kilometern vom argentinischen Festland entfernt. Tatsächlich gibt es hunderte solcher Inseln, die für lange Zeit Streitpunkt zwischen verschiedenen imperialistischen Mächten gewesen sind und – angesichts des Niedergangs des europäischen Kolonialismus – zwischen den regionalen kapitalistischen Staaten. (Zum Beispiel erhebt Argentinien gleichfalls Anspruch auf die Beagle-Inseln, die gegenwärtig im Besitz Chiles sind.) *Es ist nicht die Aufgabe von Marxisten, in solch schmutzigen Auseinandersetzungen Partei zu ergreifen.* Es spricht Bände über diesen „antiimperialistischen“ Kreuzzug, daß er von der Junta in El Salvador unterstützt wird, während in Madrid 20 000 Faschisten für Argentinien und eine spanische Invasion von Gibraltar marschierten!

Ebensowenig geht es um einen Unterdrückungskrieg Britanniens gegen Argentinien. Sind die Briten in Argentinien einmarschiert? Auf den Falklands unterdrückt Britannien weder Argentinien noch einen einzigen Argentinier. Es ist natürlich nicht auszuschließen, daß dieser Krieg den Charakter einer imperialistischen Polizeiaktion anneh-

mung der Malwinen als bewußte nationalistische Ablenkung vom Klassenkampf der Arbeiterklasse im eigenen Land! „Was für ein Unsinn!“ antwortet die kleinbürgerliche Marxistische Gruppe (MG). „Als ob eine argentinische Militärjunta sich jemals von der Unzufriedenheit der in Not und Elend lebenden Massen hätte beeindrucken lassen“ (*MAZ*, 23. April). Unsinn? Die argentinischen (wie britischen) Arbeiter haben die soziale Macht, um die Galtieris (und Thatchers) zum Teufel zu jagen (oder sie *gemeinsam* auf den Falklands/Malwinen zu internieren)! Die *Cordobazo* – die Massenstreiks der Jahre 1969-71 – zeigten die soziale Macht des argentinischen Proletariats, bevor sie von den peronistischen Gewerkschaftsbürokraten kanalisiert worden sind. Die MG sieht aber die Geschichte nicht als Geschichte von Klassenkämpfen, sondern als eine von Feindseligkeiten zwischen Politikern (im Westen allesamt nur „Satelliten“ von Reagan und der NATO). „Hoffnungslosigkeit“ als „Kampfperspektive“ (*MSZ*, Nr. 2/82)?

Im Gegensatz zu kleinbürgerlichen Radikalen und Reformisten sind wir der Meinung, daß es eine gute Sache ist, wenn diese beiden antiproletarischen Regime ihre Militärmaschinerie gegenseitig in Stücke schießen. Das



Für Revolutionäre ein Grund zur Genugtuung: Die reaktionären Regime Galtieris und Thatchers schießen ihre Militärmaschinerie gegenseitig zu Schrott. Im Bild: Die explodierende britische Fregatte „Antelope“

men könnte (besonders durch eine entscheidende militärische Einmischung der USA), die die militärische Verteidigung von Argentinien auf die Tagesordnung setzen würde. Dies ist aber nicht geschehen.

Ein direkter Fall von Pro-Galtieri-Chauvinismus ist die Haltung der Gruppe Internationale Marxisten (offensichtlich nach ursprünglichen Bauchschmerzen durchgesetzt): „Wir ergreifen nicht nur politisch Partei für Argentinien Anspruch auf die Malwinen – wir unterstützen auch Argentinien in dem Krieg gegen Großbritannien...“ und schwadroniert von einer „progressiven Stoßrichtung des argentinischen Nationalismus“ (*was tun*, 13. Mai). Die GIM, die sonst gerne Forderungen an die Bundesregierung richtet, sollte die sofortige Auslieferung der in Bau befindlichen Fregatten und U-Boote an Galtieri fordern!

Am argentinischen Nationalismus ist *nichts* progressiv; Galtieri plante die Eroberung

Potential für einen massiven Aufschwung der Klassenkämpfe in Argentinien ist offensichtlich, und Thatcher ist bei den britischen Arbeitern ebenfalls verhaßt. Das argentinische Proletariat darf sich von dem chauvinistischen Ablenkungsmanöver über die Falklands nicht einfangen lassen, sondern muß den Kampf zur Zerschlagung der blutigen Junta fortsetzen. Argentinische Linke und Gewerkschaften sollten auch wissen, daß ein erstes Ergebnis der Eroberung der Falklands/Malwinen sehr wohl die Errichtung einer Gefängnisinsel für noch lebende *desaparecidos* („Verschwundene“) sein könnte. Und die Spartacist League/Britain, Sektion der internationalen Spartacist Tendenz, ruft die britische Arbeiterklasse auf, für ihre eigene Klassenherrschaft zu kämpfen und damit die letzten Überreste von Britanniens schmutziger und brutaler imperialistischer Geschichte auszulöschen. Der Hauptfeind steht im eigenen Land! ■